

beider Länder ein Unterpfand seiner Sicherheit und seiner Größe. Diese Medien werden in den verschiedensten Tönen ihre mehr oder minder stereotypische Wiederholung finden. Und so weit die Franzosen in dem Zweifelsdunkel der Erhaltung des „europäischen Gleichgewichts“ und des Friedens notwendigen Gegengewichts gegen den Dreieck erblicken, kann man ihnen ihre Freude über die Freundschaft Österreichs gerne gönnen. Freilich ist man in Frankreich auch in nichtsocialistischen Kreisen allmählich dahinter gekommen, daß die Erhaltung der russischen „Freundschaft“ ein verheerendes kostspieliges Vergnügen ist. —

Deutsches Reich.

Bürgerliche Preßkorruption.

Die „Berliner Morgenpost“ erhob vor kurzem gegen die bürgerliche Dresdener Presse die auffeherregende Beschuldigung, daß einige ihrer Redacteure von der verkrachten Dresdener Kreditbank Geschenke erhalten haben und man folgerte im Anschluß daran, daß gewisse Vorgänge bei der Liquidation der Bank wohl aus diesem Grunde verschwiegen wurden. Besonders der Direktor Dr. Geh, der als ein flotter Lebemann bekannt ist, erseute sich eines auffallenden Wohlwollens der Presse bei seinen höchst zweifelhaften Transaktionen. Die gesamte bürgerliche Presse in Dresden erhob gegen diese Beschuldigung entrüstet Protest, worauf die „Morgenpost“ ruhig antwortete, man möge in der Generalversammlung nur fragen, ob nicht ein Geldbetrag für Journalisten in den Büchern vermerkt sei. Heute erhalten wir aus Dresden folgendes Telegramm:

Wegen Annahme von Geschenken seitens der verkrachten Dresdener Kreditbank sind heute fünf Handelsredacteure entlassen. Damit bekräftigt sich die Angabe des Berliner Blattes vollständig. Die Kritik enthält somit nicht nur den Bankschwindel, sondern auch noch die Korruption der Presse — eine Enttarnung, die allerdings für Kenner längst keine Enthüllung mehr bedeutet. —

Prügelstrafe und Anarchistenzüchtung.

Amten-Dertel ist über die „Köln. Ztg.“ gekommen. Koch sträubt sich das Blatt ein wenig gegen das Allheilmittel der Prügelstrafe, doch wenn gar nichts gegen den Anarchismus hilft, dann soll der Prügel „die letzte Zuflucht“ sein. Die „Köln. Ztg.“ sagt:

„In der That sprechen viele und schwerwiegende Bedenken dagegen, zu diesem mittelalterlichen Züchtungs- und Abschreckungsmittel zurückzukehren, aber es ist unverständlich, daß angesichts der Bestialität, womit die anarchische Propaganda der That geht, vor der Hilflosigkeit vor diesen Verbrechen gegen die menschliche Gesellschaft, die sich in den angestammten oder erwählten Staatsoberhäuptern verkörpert, die gerichtlich angesprochene und unter richterlicher und ärztlicher Aufsicht vollzogene Prügelstrafe in weiten und einsichtsreichen liberalen Kreisen als die letzte Zuflucht betrachtet wird. Wenn Ausnahmen in menschlichen Verirrungen zur Regel werden, so hört man vielfach sagen, dann sind auch Ausnahmen der menschlichen Gesellschaft zu ihrer Abwehr gerechtfertigt, dann wird es Pflicht der Humanität, die Achtung vor dem Menschenleben zu erzwingen. Wir fürchten daher, daß sich unreife geistig gebildete Körperlichkeiten unter dem Drange der öffentlichen Meinung früher oder später mit dieser Frage werden beschäftigen müssen; finden sie ein andres wirksames Mittel, um die Gesellschaft vor der anarchischen Mordpropaganda zu schützen, so wird freudig zustimmen, denn jedes andre Mittel wäre der Prügelstrafe vorzuziehen; ist das aber nicht der Fall, so sollten sie aus falscher Humanität und dogmatischer Prinzipienverfehlung nicht davor zurücktreten, die Gesellschaft vor Revolution, Schand und Bomben mit der Amte der Notwehr zu schützen.“

Die „Köln. Ztg.“ wendet sich an „unser geistgebendes Körperschaften“, obgleich Deutschland, dank der Socialdemokratie, vom Wohlwollen der Propaganda der That frei ist. Die Einführung der Prügelstrafe, die den Prügel gleichermachen vertritt wie den Gesperrten, könnte allerdings auch über diese zunächst Beteiligten hinaus so verwirrend wirken, daß die Reigung zu Gewaltthatigkeiten, auch gegen Staatsoberhäupter, wachsen würde. Das Heilmittel, das die „Köln. Ztg.“ der „Deutschen Tagesztg.“ verdankt, würde das Gegenteil dessen erzielen, das es erzielen soll. Wohl aber giebt es andre Mittel, um die Gesellschaft vom Wahn des gewaltthätigen Anarchismus zu befreien und wir hoffen, daß die „Kölnische Zeitung“ diesen Mitteln auch wirklich „freudig zustimmen“ wird, wie sie verspricht. Von den mannigfachen Mitteln wollen wir jetzt nur eines bezeichnen, dessen Dringlichkeit gerade in diesen Tagen wieder zum allgemeinen Bewußtsein kommen sollte. Die jetzigen Fürstenbegegnungen werden durch die bürgerliche Presse als besondere Geschichtsereignisse behandelt, und in täglich seitens langer telegraphischer Berichterstattung überschwänglich gefeiert. Aus dieser überhöhten Byzantinerei nährt sich der ebenso überhöhten Wahn, daß die Hinterrückung der Staatsoberhäupter, deren Allmacht der gesamte gegenwärtige Zustand geschuldet erscheint, die Wendung dieses Zustandes herbeiführen könne. Die Byzantiner sind die eigentlichen Anarchistenzüchter.

Gewiß wird die „Köln. Ztg.“ bereit sein, dieses Mittel gegen den Anarchismus zu versuchen. Wenn sie dann auch sonst dahin wirkt, daß der Rufus der Gewalt dem Rufus der Humanität weichen muß, so wird der Erfolg nicht ausbleiben und die Fürsten haben, ohne den jetzigen ungeheuerlichen Aufwand von Polizeimiteln, nicht sündlich für ihr Leben zu fürchten. —

Düsterer Centrumsstimmung. Die katholische „Kölnische Volkszeitung“ giebt sich den Anschein, als ob sie mit dem Verlust der Kölner Verammlung des christlichen Metalarbeiter-Verbandes zufrieden sei. Wenn diese Zufriedenheit echt ist, so ist sie ein Zeichen, daß die Anspannung des Centrums an den Zusammenhalt der Partei augenblicklich sehr bescheiden sind. Denn gerade diese Verammlung bewies unzweifelhaft, daß die brotrowerfeindliche Haltung der katholischen Arbeiter stark ist und dem Bestand des Centrums gefährlich zu werden droht.

Am Schluß ihres „zufriedenen“ Artikels läßt denn auch die „Kölnische Volkszeitung“ ihre schlimmen Befürchtungen durchblicken. Sie schreibt:

„Auf der im Frühjahr in Berlin stattgehabten außerordentlichen Generalversammlung des Augustinus-Vereins ist gesagt worden: die wirtschaftlichen Interessengegenstände seien Dynamit für die politischen Parteien. Der Satz ist zweifellos richtig und gilt für alle Parteien, so weit sie nicht lediglich das Interesse einer Bevölkerungsklasse vertreten. Der Satz gilt insbesondere für das Centrum, das mehr als alle andern politischen Parteien Angehörige aller Stände in sich vereinigt. Wenn jemals der Centrumssturm gesprengt werden sollte, so würde er durch die Zuspitzung der wirtschaftlichen Interessengegenstände in seiner Mitte gesprengt werden; die einseitigen und richtungslosen Interessensvertreter von rechts und von links würden die Totengräber des Centrums sein. So kann auch der Postarist Sprengpulver für das Centrum sein, aber er braucht es nicht zu sein und er wird es auch nicht sein. In dieser Zuversicht befaßt uns nicht am wenigsten die besonnene und verständige Haltung der katholischen Arbeiterklasse.“

Das ist eine flehentliche Mahnung an die Centrumsgläubigen, sich sowohl extremer agrarischer Forderungen — wie sie die katholischen Bauernvereine aussprechen — als auch des proletarischen Massenbewußtseins zu enthalten, das unter der aufstrebenden Gefahr des gesteigerten Hungerjohles zu erwachen beginnt. Die „Kölnische Volkszeitung“ trägt immer noch gute Hoffnung zur Schau. In Wirklichkeit hört

sie bereits das Totenglocklein der radikalen Schwindelmacht läuten. Das Blatt kann sich der Ueberzeugung nicht mehr verschließen: Die unüberhörlichen Interessengegenstände innerhalb der Partei müssen das Centrum sprengen — früher oder später. Der Brotwucher beschleunigt den Prozeß. —

Gestürzte Größen. Die Nachricht vom Tode Miquels ereilte einen Teil seiner Ministerkollegen auf der Vergnügungsfahrt des „Kronprinz Wilhelm“. Wie die Kunde auf die Herren wirkte, das erzählt Eduard Engel im „Tag“. Da saßen etwa ein halbes Duzend seiner früheren Ministerkollegen beim festlichen Mahle im Hafen von Bergen, zahllose Gedeckel und andre Würdenträger, die noch vor einem Jahre seinem Einfluß und seinen Wünschen in der Furcht des Herrn gehorcht hatten; auch viele Abgeordnete und Zeitungsmänner, die sich seine Freunde oder jedenfalls ihn ihren Gönner genannt hatten. Und nun brachte der Telegraph plötzlich dieser Schar von hunderten ehemaliger engerer Verursachter und ihm so nahe gewesener Zeitgenossen in weiter Ferne bei festlichem Mahle die Nachricht seines plötzlichen Todes. Arme Menschheit! — Wie zeigt Du Dich in Deiner wahren Gestalt in solchen Augenblicken! Wer es nicht gewohnt hätte, hätte nicht eine Minute lang die geringste Veränderung der festlichen Stimmung bemerkt, und auch nach aufgehobener Tafel schmeckten das Glas Bier und die Cigarre so gut wie nur sonst zu irgend einer Stunde. Arme Menschheit!

Er war eben eine gestürzte Größe, und auch nicht ein bloßer Autorität mehr. Auch enthronten Fürsten widmet man keine Landesträuer. Wenn diese Götzen der Macht einstußlos geworden sind, so stirzt sich niemand mehr in Gefühlsverlusten. —

Opfer des Schafi-Kreuzzuges. Die Krankheiten rühten auch unter den auf der Heimreise befindlichen Chinatruppen noch ganz bedeutende Verheerungen an. So verlor, daß auf einem am Montag in Bremerhaven angelangten Transportdampfer der Typhus ausgebrochen sein soll und während der Fahrt bereits zehn Opfer gefordert habe. Die weitestgehenden Vorsichtsmahregeln seien sofort ergriffen worden.

Auch das freiwillige Krankenpflegepersonal für den Chinafeldzug hat einen Todesfall zu verzeichnen: Im Garnisonlazarett I in Berlin verstarb an der Gehirnhaut-Entzündung der freiwillige Krankenpfleger Karl Knorr. —

China - Skizze. In meinem Bremer Bruderorgan lesen wir folgende Korrespondenz aus Nordenham: Am Morgen des 13. September fischte ein Arbeiter der Petroleum-Gesellschaft August Korf hier selbst eine Aiste aus dem Wasser. Bei näherer Untersuchung durch den Zollbeamten und andre Beteiligte sah man, daß man es mit der Aiste eines Chinakriegers zu thun hatte. In derselben waren außer den Bekleidungsstücken, wie Hemden, Unterhosen, Decken, Mägen, Strümpfe etc., auch verschiedene Karikaturen aus China, z. B. mehrere Kippstühle, Kambänder, Ohrgehänge, kleine Gözenbilder, Aschenbecher etc. Doch das Beste kam zuletzt, nämlich — sage und schreibe — vier Köpfe. Ob dieselben alle echt waren, konnte nicht sofort festgestellt werden. Einer war es sicher, wie wir uns überzeugen konnten. Die Aiste wurde auf telegraphische Anfrage noch am Nachmittag von einem Gezeiten und einem Gemeinen des Bezirkskommandos von Bremerhaven abgeholt. Wie die Indianer Amerikas früher die Skizze, so bringen die deutschen Chinakrieger jetzt Köpfe als Kriegstrophäen heim. —

Zu den Jubiläumswahlen in Baden wird uns geschrieben: Nun haben auch die Nationalliberalen mobil gemacht zu der großen Wahlschlacht. Was sie aber voranden, als sie ihr Arsenal und ihre Truppen musterten, das waren nichts als scharierte und rostige Waffen und eine total demoralisierte Armee. Die noch vor verhältnismäßig kurzer Zeit im badischen Musterlande allmächtige Regierungspartei umgte sich auf ihrer am Sonntag in Karlsruhe abgehaltenen Landesversammlung selbst eingestehen, daß in ihren Reihen „eine gewisse Disziplinlosigkeit“ eingerissen und daß es deshalb vor allen Dingen nötig sei, daß „ein höheres Maß von Freudigkeit“ bei den Genüßgenossen im ganzen Lande eintrete.

Entsprechend der verzweiflungsvollen Hilflosigkeit, mit der die Nationalliberalen angesichts der richtigen Wahlentscheidung nach Unterstützung um sich blicken, stellt sich auch der von ihrer Landesversammlung am Sonntag beschlossene Wahlauftritt als eine Kundgebung dar, die das Stimmfahrig fertig bringen will, es allen Leuten recht zu machen. Da wird einerseits für Industrie und Handel Erhaltung und Ausdehnung des Marktes verlangt und das gute Herz für die gewerbliche Arbeiterschaft betont, und auf der andern Seite zur Förderung der Landwirtschaft der Erhöhung der Getreidezölle und damit dem volkswirtschaftlichen Brotwucher das Wort geredet; die Forderung der „Freiheit des Denkens“ und die Betonung der Gleichberechtigung der Konfessionen hält die Nationalliberalen nicht ab, in ihrer ständigen Angst vor der katholischen Ordensgeistlichkeit zu verharren, und das Postulat der Koalitionsfreiheit für die Arbeiterschaft hindert sie nicht daran, „mit allem Nachdruck“ die Socialdemokratie zu bekämpfen. Kurz: der eben veröffentlichte Wahlauftritt der Nationalliberalen ist ein getreues Abbild des totalen Zerfalls der ebendam allmächtigen Regierungspartei, die heute jede politische Grundfrage und Charakterfestigkeit drangucken gezwungen ist.

Es verdient bemerkt zu werden, daß die Nationalliberalen den Versuch, die bevorstehenden Wahlen im Angesicht des demnächst stattfindenden 50jährigen Regierungsjubiläums des Großherzogs Friedrich zu einer Kraftprobe auf die patriotisch-dynastische Gefinnung der Bevölkerung zu gestalten, in ihrem offiziellen Wahlmanifest gänzlich unterlassen haben. Sie mögen dabei von der wohlbegründeten Befürchtung geleitet gewesen sein, die Krone könnte unter solchen Umständen durch das Votum der badischen Wählerchaft in eine wenig beneidenswerte Lage geraten. —

Ein Demuziant. Wegen Beleidigung des Kaisers wurde am Dienstag in Leipzig vor der dritten Strafammer unter Ausschluß der Öffentlichkeit gegen den Schneider K. d. v. vater verhandelt. Am 27. Juni war bereits schon eine Verhandlung, die aber ausgesetzt wurde, weil K. der ärztlichen Beobachtung übergeben wurde. Der Hauswirt K. hat in einem Gespräch diesem über die Bilder Liebknechts und Bebel's Vorhalt gemacht; er solle lieber das Bild des Kaisers, der für die Arbeiter mehr gethan habe als Liebknecht und Bebel, in das Zimmer hängen. Dadurch wurde K. so gereizt, daß er sich zu beleidigenden Auswürfen gegen das Kaiserpaar hinreißen ließ, die der Hauswirt zur Anzeige brachte. Der Gerichtsarzt Dr. Thümler erstattete das Gutachten dahin, daß K. sich wohl in einer Erregbarkeit befinden haben möge, aber nicht in einem die freie Willensbestimmung beeinträchtigenden Zustand. Das Gericht verurteilte ihn unter Anrechnung von zwei Monaten der Untersuchung zu sechs Monaten Gefängnis.

Derartige drakonische Urteile gegen eine in der Erregung gefallene Bemerkung werden am wenigsten dahin wirken, Ehrfurcht vor dem Monarchen und der monarchischen Staatsform zu erwecken. Daß ein solches Urteil sich aufbau auf einer Demuziation, verneht seine Unleiblichkeit. —

Remonte-Liebesgabe.

Aus Ostpreußen wird uns berichtet: Seit Jahren haben die pferdezüchtenden Großgrundbesitzer, allen voran die ostpreussischen, der Regierung in den Ohren gelegen mit dem Verlangen, sie möge die Militärverwaltung veranlassen, für die Militärpferde höhere Preise zu zahlen. Auch diesen agrarischen Wünschen ist die Regierung bereitwillig nachgekommen. Im Laufe der letzten Jahre sind die Preise für Remontepferde ganz bedeutend erhöht. Während vor fünf Jahren noch der Durchschnittspreis für das Pferd 700 M. betrug, werden gegenwärtig an 900 M. durchschnittlich gezahlt. Die Preise schwanken zwischen 600 und 1300 M. pro Pferd.

Bei dem Ankauf eines jeden Pferdes zahlt die Regierung aus den Taschen der Steuerzahler den großen Pferdezüchtern eine Liebesgabe von 200 bis 300 Mark, denn um so viel würden die Pferde weniger einbringen, wenn sie auf den gewöhnlichen öffentlichen Markt gebracht würden. Die Regierung deckt ihren Pferdebedarf nicht auf dem gewöhnlichen Markt, sondern hält besondere Remontemärkte ab. Zu diesen Märkten erscheint eine Remontekommission, bestehend aus drei Offizieren, einem Hofarzt und einem Zahlmeister, und trifft ihre Auswahl.

Von den Agrariern wird behauptet, daß an den höheren Preisen für Remontepferde auch die kleinen Landwirte ein wesentliches Interesse haben, weil die kleinen Bauern ebenfalls Fohlen ziehen. Es ist aber mit den Liebesgaben für Pferde ganz genau so wie mit allen andern Liebesgaben: nur die Großgrundbesitzer haben wesentliches Interesse; der kleine Bauer bekommt höchstens ab und zu einen dürftigen Brocken ab.

Der Bauer stellt sehr selten der Remontekommission ein Pferd vor. Das Pferdmaterial der Bauern ist meist nicht so, um damit gute Fohlen zu züchten. Sodann fehlt es dem Bauer an geräumigen Stallungen und großen Weideplätzen. Beides ist zur Pferdezüchtung unerlässlich notwendig. Die meisten Bauern verkaufen daher die Fohlen, wenn sie einige Monate alt sind. Da sich bei solchen Fohlen noch nicht absehen läßt, ob sie Remontepferde werden, erhält der Bauer natürlich nur einen Preis, bei dem der Käufer auch vor Verlust geschützt ist, wenn das Pferd nicht „Soldat“ wird. Aufgekauft werden Fohlen von Gutsbesitzern, die selbst Pferdezüchtung treiben. Es giebt Gutsbesitzer, die das Aufziehen von Fohlen im Großen betreiben und in jedem Jahre 40 bis 60 oder mehr Pferde als Remonten verkaufen. Diese Leute haben den Vorteil von den Liebesgaben, welche die Regierung für Pferdezüchtung zahlt.

Die Remontemärkte zerfallen in zwei Klassen: in öffentliche Märkte und Privatmärkte. In den öffentlichen Märkten wird jedermann mit seinen Tieren zugelassen. Die Privatmärkte finden auf den Gütern größerer Jüchter und Aufkäufer von Fohlen statt. Ganz allgemein werden die Privatmärkte von den Pferdezüchtern als ein Arzelschaden angesehen. Den Remontekommissionen wird ihr Geschäft freilich durch die Abhaltung von regelmäßigen Privatmärkten erleichtert, weil sie dort ein ausgedehntes Pferdmaterial finden. In den Kreisen der übrigen Jüchter wird aber angenommen — es muß dahingestellt bleiben, ob mit Recht oder Unrecht —, daß auf die Gutsbesitzer, bei denen Privatmarkt stattfindet, wesentlich größere Rücksicht beim Ankauf von Pferden genommen wird, wie auf andre Jüchter, die Remonten stellen. Die Aufhebung der Privat-Remontemärkte würde längst mit größtem Nachdruck verlangt sein, wenn die Jüchter nicht ein Interesse daran hätten, daß von dem ganzen Remontegeschäft nicht viel gesprochen wird. Befürchtet wird auch, diejenigen, welche solche Forderungen nachdrücklich vertreten würden, könnten gemahregelt werden, indem ihnen keine Pferde abgekauft werden.

Nun erlöst auf den Remontemärkten manchmal merkwürdige Dinge. Das ist keine Seltenheit, daß Pferde, die auf dem einen Markt als nicht brauchbar ausgeföhren wurden, von derselben Kommission nach einigen Tagen zu respektablen Preisen angekauft werden. Pferde, die auf öffentlichen Märkten zurückgewiesen wurden, werden nicht selten an Gutsbesitzer abgegeben, bei denen Privatmarkt abgehalten wird, und dann verkauft. Der Mann mit dem Privatmarkt hat dann ohne Mühe seine 100 bis 200 Mark am Pferd verdient.

Die Aufhebung der Privatmärkte sollte besonders auch deshalb erfolgen, weil die Mitglieder der Kommission mit den betreffenden Gutsbesitzern in zu häufigen näheren Verkehr kommen. Nicht daß gesagt werden soll, die Offiziere könnten sich bei dem Ankauf von Remonten von andern Gründen leiten lassen, wie ihnen der Dienst zur Pflicht macht. Aber es giebt zu Gerde Anlaß, wenn es vorkommt, daß Mitglieder einer Remonte-Ankaufskommission bei einem Gutsbesitzer, bei dem Privatmarkt stattfand, sich bewirten lassen und zwar nicht mit Plaisanterie und fünf Pfennig-Cigarren, über Nacht bleiben und am nächsten Morgen mit dem Fuhrwerk des Gutsbesitzers zum nächsten Markt kommen.

Will die Militärverwaltung durchaus Remontemärkte abhalten, dann sollten nur öffentliche Märkte stattfinden. Das beste wäre dann, wenn die Pferde gemustert würden, wenn derjenige, der sie der Kommission vorstellt, nicht dabei steht, wenn die Musternng vorgenommen wird. Für die Kommission ist es nur von Interesse zu wissen, welcher Hengst der Vater des vorgestellten Pferdes ist, nicht aber, wer es besitzt.

Eine Reform bei dem Ankauf der Remontepferde ist, wie vorstehendes lehrt, recht notwendig. Es wäre vielleicht angebracht, eine solche bei der Beratung des Militärcrats im Reichstoge anzugehen. Bei der Gelegenheit könnte der Herr Kriegsminister gleich um Ankauf darüber erucht werden, wie es kommt, daß von j a d i s c h e n und harrischen Remonteankaufskommissionen in Ostpreußen Pferde fast durchgängig um ein paar hundert Mark niedriger bezahlt werden, wie von den preussischen Kommissionen. —

Ausland.

Ostreichs auswärtige Beziehungen.

—st— **Wien, 16. September.** Während man in Danzig freundschaftliche Händedrücke tauschte und das Blatt des deutschen Reichsanzleramtes selbst von der Begegnung in Danzig eine Festigung der friedlichen Lage erwartete, hat Ostreich-Ungarn in seinen auswärtigen Beziehungen allerhand Verdrießlichkeiten zu verzeichnen. Die ernsteste davon ist das unerkennbare Vordringen Rußlands am Balkan. Seit der Reise des Kaisers Franz Joseph nach Petersburg hat man sich in Europa angewöhnt, die Balkanfragen als erledigte Dinge zu betrachten; um so mehr war man überrascht, als jüngst der sonst offiziöse „Pester Lloyd“ einen Alarmartikel veröffentlichte, der in der Klage gipfelte, Rußland habe das Einvernehmen mit Ostreich-Ungarn gebrochen, es respektiere nicht die Neutralität seines Alliierten und Konkurrenten und mache alle Anstrengungen, um den ganzen Balkan in seine Gefolgschaft zu bringen. Montenegro, Serbien und Bulgarien seien schon seine Vasallenstaaten, um bedrohe es auch Rumänien, das sonst treu zu Ostreich und zum Dreieck gehalten habe. Wie stark diese Auslassungen des ungarischen Blattes übertrieben waren, läßt sich nicht feststellen; von Petersburg aus wurde den Vorwürfen gegen die russische Politik energisch widersprochen, und Graf Goludowski hielt sich in ein geheimnisvolles Schweigen. Sider ist, daß die Bedeutung der österreichisch-russischen „Ausprache“ — wie das Einvernehmen offiziell getauft wurde — äußerst gering ist. Wenn es Rußland paßt, so handelt es im Einvernehmen mit Ostreich; wenn nicht, so geht es auf eigne Faust vor. Den unerfülllichen Ausdehnungsdrang der Moskowiter zu bändigen, dazu reicht es gewiß nicht aus.

Es ist gewiß eine merkwürdige Erscheinung, daß das alte Donauraich, das soviel Türkenkriege geführt hat und eigentlich der Erbe der schwindenden Osmanenherrschaft sein sollte, allmählich auf dem Balkan um jeden Einfluß kommt. Es daukt das wesentlich der unnatürlichen Gemeinschaft mit Ungarn. Ostreich wäre berufen gewesen, für die kleinen Balkanländer der Vormund zu sein. Es hätte der Lieferant ihres industriellen Bedarfs werden können, der Bankier, der ihre finanziellen Sorgen konstant erledigt, und der Abnehmer ihrer agrarischen Ueberproduktion — denn wer nichts kauft, kann auch nichts verkaufen. In dieses natürliche Verhältnis greift aber störend das agrarische Interesse Ungarns ein. Den ungarischen Bodenmagnaten zuliebe hat Ostreich gegen den ungarischen Weizen einen Zollkrieg führen müssen, hat es die serbischen Schweine zollfrei, hat es die albanischen Interessen sämtlicher Balkanländer verletzen müssen. Dazu kommt noch, daß Ungarn die Stammesbrüder der Serben, der Rumänen brutal drangaliert: wahrlich kein Mittel, um bei den aufstrebenden Völkern für Ostreich-Ungarn Sympathien zu erwecken! Daß Ostreichs Politik auch sonst keine glückliche war, ist selbstverständlich angesichts des Umstandes, daß es auch auf dem Balkan die Politik gemacht hatte, die sein Verhängnis durch die ganze Geschichte gewesen ist: die Politik der Fürsten gegenüber der der Völker. Von Metternich, dem die Sage des Sullans

die der Legitimität, die Befreiungskämpfe der unterdrückten christlichen Völker — Revolution waren, geht die gerade Linie bis Goltzowski, der die Fokierung Kretas erfand und „König“ Milan verteidigen ließ, als er die schaurige Komödie der Sozialvertragsprozedur inszenierte; immer hat Oestreich die Sache der Parteien unterstützt, immer war es gegen die „revolutionären“ Bestrebungen der Völker. Der Kampf für die europäische Legitimität hat für Oestreich belamlich damit geendet, daß es zur Wiederwerfung der Revolution im engeren Staatsgebiet den Einmarsch russischer Truppen erditten mußte — aber kuriert ist es noch immer nicht. War es nicht die unendliche Thorheit, daß Oestreich zu Gunsten der spanischen Herrschaft auf Kuba eine Aktion unternahm, die Spanien nichts nützen konnte, ihm selbst aber die Feindschaft der Vereinigten Staaten eintrug! Das Zurückdrängen Oestreichs auf dem Balkan ist also unabwendbar, denn es ist nicht mehr im Stande, den Wettbewerb mit Rußland auszuhalten. Rußland wirkt heute durch das Schwergewicht seiner Größe; gegen die kommt man mit papierernen Verträgen, und wären sie auch realer fundiert als die Petersburger „Ausprüche“, nicht auf.

Eine echt österreichische Frage ist dagegen der Streit um das Spitz San Girolamo in Rom — der sehr belamlich seit einigen Wochen eine stehende Zeitungsdruckerei geworden ist. Durch ein päpstliches Breve ist dieses Spitz, das bisher kraft seines Stiftungskarakters ein Asyl für arme Pilger aus „Ägypten“ gewesen war, in eine Meritokratie für die österreichischen Kroaten umgewandelt worden. Die in Rom wohnenden italienischen Dalmatiner ließen sich die Begrenzung nicht gefallen, drangen in das Spitz ein, vertrieben den kroatischen Rektor und pflanzten auf dem eroberten Gebiet die italienische Fahne auf. Das zur Entscheidung angerufene Gericht hat vorläufig nur eine rein formale Entscheidung gefällt; das Spitz wird jetzt von einer italienischen Regierungskommission verwaltet, und ob es den Italienern verbleiben oder den Kroaten übergeben werden soll, das heißt, ob das Breve des Papstes Rechtskraft besitzt, soll in einem gerichtlichen Verfügungsverfahren klargestellt werden. Ob das italienische Gericht zu einer meritorischen Entscheidung befugt ist, ist allerdings noch fraglich; denn das Spitz steht unter österreichisch-ungarischer Protektion, und die Verfügungen des Papstes sind nach dem italienischen Garantiegesez der staatlichen Gerichtsbarkeit unerschütterlich. Die man sieht: ein ganzer Italienkrieg von „Fragen“, Möglichkeiten zu Konflikten zwischen Italien und dem Papste und zwischen Italien und Oestreich-Ungarn. Oestreich ist dabei in der merkwürdigsten Situation von der Welt: es weiß nicht, welcher seiner Staatsbürger, der Italiener oder der Kroaten, es sich annehmen soll. Den Kroaten sind die kroatischen Expansionsbestrebungen ein Dorn im Auge, und sie beobachten das päpstliche Entgegenkommen, das eine Art nationaler Autonomie in kirchlichen Dingen statuiert, mit großem Mißtrauen. Am Wiener Hof sind dagegen die Kroaten, namentlich seit Revolutionszeiten, sehr beliebt, zweifellos beliebter als die „irredentistischen“ Italiener; überdies ist man am Wiener Hof nie geneigt gewesen, päpstlichen Anordnungen Widerstand entgegenzusetzen. Die widersprüchvolle Art Oestreichs tritt in der Affaire des römischen Spitz grell zu Tage: die sich freudig und widersprechend Strömungen im Inneren hemmen auch sein Auftreten nach außen und greifen störend in alle seine auswärtigen Beziehungen ein.

Dänemark.

Das Programm des Ministeriums. Viele Konervative hatten sich der Hoffnung hingegen, daß durch den Ministerwechsel sich die Linke veranlaßt fühlen würde, das Bündnis mit der Sozialdemokratie zu lösen und daß damit eine Isolierung der Arbeiterklasse herbeigeführt würde. Die neuesten Ereignisse zeigen wiederum, daß das, vorläufig wenigstens, nicht eintreten wird. Großen Verdruß hat es diesen Leuten bereitet, daß der Verkehrsminister Hörup sich als Bahlmann für den Sozialdemokraten P. Rasmussen aufstellen ließ, obgleich es ihm bei seiner noch immer andauernden Krankheit leicht gewesen wäre, sich zu entschuldigen; und „Politiken“ schrieb bei der Gelegenheit: „Erinnert Euch an das erbärmliche Geckerei der Konservativen: die Linke sollte sich das Ministerium durch einen Bruch mit der Sozialdemokratie erkämpfen! Wenn die Linke das gelhan hätte, welche Schmach! Fünfzehn Jahre lang haben die Linke und die Arbeiter einmütig gegen den gemeinsamen Feind gekämpft, und nun sollte die Linke feige überlaufen zu den Konservativen, gerade jetzt, wo diese Partei reif ist, gefaßt zu werden, und es nur noch eines Aufbebens bedarf, um sie zu stürzen!“ Belamlich hat sich der Ministerpräsident Deuntzer vor einiger Zeit für eine Reform des kommunalen Wahlrechts ausgesprochen. Kürzlich hat sich auch der Landwirtschaftsminister Ole Hansen auf einer Versammlung der Liberalen hierzu geäußert und zwar wie folgt: „Die Steuern müssen denjenigen auferlegt werden, die die Mittel haben sie zu zahlen. Aber, wenn das gelingt, können wir ohne Bedenken zu einer Erweiterung des kommunalen Wahlrechts schreiten und dann müssen wir das thun. Unsere politischen Gegner glauben, wie Dänen sind bange vor einer Erweiterung des kommunalen Wahlrechts, aber darin irren sie sich. Wir vergessen nicht, daß die Hunderte und Tausende ringen auf dem Lande um Arbeit, mit denen wir täglich zusammen leben und arbeiten auf manchen Gebieten. In der Politik haben wir viele Jahre Seite an Seite gekämpft und als gute und treue Kameraden zusammen gearbeitet. In unren Genossenschaften arbeiten wir jeden Tag zum gemeinsamen Besten zusammen und es würde schlimm werden, wenn da jeder nur für sich eintreten wollte. Darin reichen wir einander gern die Hand, indem wir uns gleichstellen in Pflichten und Rechten.“

Ein Gesetzentwurf zur Reform des kommunalen Wahlrechts wurde von der Linken zum erstenmal im Jahre 1870 eingebracht und seitdem hat das Folketing diese Wahlreform elfmal beschlossen, zum letztenmal am 13. Februar d. J. Es handelt sich hierbei um die Erweiterung des kommunalen Wahlrechts in Kopenhagen, das jetzt von einem Einkommen von 1000 Kronen abhängig ist, und außerhalb Kopenhagens, um die Abschaffung des zweifachen Systems bei den Stadtrats-, Kirchspielrats-, Amtsrats- und Steuerkommissionswahlen, bei denen teils die größere, teils die kleinere Hälfte der Vertreter von den Höchstbesteuerten gewählt wird.

Die Linke hat oft die Erfahrung gemacht, daß sobald sie die Fahne des allgemeinen, gleichen Kommunalwahlrechts hoch gehalten hat, die Partei Fortschritte machte, daß jedoch, sobald einzelne Teile der Partei in diesem Punkte abtrünnig wurden, ein Rückschlag eintrat. Man darf wohl hoffen, daß sie jetzt, auch künstlich, ähnlich wie die norwegische Linke, für eine Erweiterung der Volksrechte eintreten wird.

Niederlande.

Mit einer etwas niderischen Thronrede wurden am Dienstag von der Königin Wilhelmine die Kammern eröffnet. In der Thronrede heißt es, es sei beständig darauf zu achten, daß das Christentum die Grundlage des Volkslebens werde. Die Revision des Gesezes betreffend die Sonntagruhe und ein wirksameres geschlicher Schutz der Volksmoral seien notwendig; ebenso eine wirksamere Bekämpfung des öffentlichen Hazardspiels und des Alkoholismus ohne Beeinträchtigung der individuellen Freiheit, ferner die Aufrechterhaltung der Freiheit des Unterrichts in den verschiedenen Zweigen derselben. Was die materiellen Interessen betrifft, so beschäftige die Königin nach wie vor die soziale Frage. Es werde den Kammern ein Gesetzentwurf über eine direkte Besteuerung der Landwirte unterbreitet werden, damit die Regierung, von dieser unterstützt, sich besser über die Interessen der Landwirtschaft unterrichten könne. Die Fälligkeit der Rohrwagnmittel und der unglückliche Wettbewerb müßten bekämpft werden. Für die Entwicklung des praktischen Volkschulunterrichts und die Regelung des Lehrlingswesens werde die Weisheit der Volksvertretung verwandt werden. Die Abgaben und die Ausgaben auf neue Erfindungen würden auf einer neuen Grundlage wieder eingeführt werden. Das Konularwesen werde mehr als bisher den Interessen der Landwirtschaft, der Industrie und des Handels dienstbar gemacht werden. Die Arbeits-

verhältnisse erforderten eine Neuordnung. Die obligatorische Unfallversicherung werde eingeführt werden und auch die Seefischer und ländlichen Arbeiter umfaßt. In Vorbereitung sei ferner die obligatorische Kranken-, Alters- und Invaliditätsversicherung. Um die sozialen Reformen zu ermöglichen, sei eine Verklärung der Staatsfinanzen erforderlich, in erster Linie eine Revision des Zolltarifs, bei welcher zugleich der Gehalt der nationalen Arbeit zu erhöhen wäre. Falls diese Revision die Bevölkerung mit geringem Einkommen zu stark belasten sollte, werde man bei den Beiträgen dieser Bevölkerungsklassen zur obligatorischen Versicherung einen Ausgleich schaffen. Den Kammern werde ferner eine Vorlage über das Verwaltungsgerichts-Verfahren zugehen. Die Geseze betreffend die nationale Verteidigung würden prompt ausgeführt werden. Die Einführung der Schnellfeuergeschütze sei dringend; sie werde beträchtliche Opfer fordern. Auf die Marine und das Heer in Niederländisch-Indien würde in religiöser und moralischer Hinsicht besser eingewirkt werden. Die Niederlande seien als christliche Macht verpflichtet, die realistische Stellung der christlichen Eingeborenen besser zu regeln, die christliche Mission zu unterstützen und die ganze Regierung von der Aufgabe zu überzeugen, die sie in moralischer Hinsicht den Eingeborenen gegenüber zu erfüllen habe.

Die wiederholte Betonung des Christlichen in dieser Thronrede verriet als ihren Verfasser den orthodox-reaktionären Charakter des Ministerpräsidenten Dr. Ruysse, wie überhaupt den Zustand, daß an die Stelle des früheren liberalen Ministeriums ein christlich-konservatives Kabinett getreten ist. Unser Parteigenossen werden Gelegenheit haben, zu kontrollieren, wie weit die Thesen dieses Ministeriums diesem pomphaft angefündigten Programm entsprechen.

Frankreich.

Die Kommunalwahlen in Saint-Denis, die am Sonntag stattfanden, haben den Sozialisten den Sieg gebracht. Trotz der Machenschaften der Nationalisten und Liberalen erhielten die Sozialisten 1900 Stimmen, während die gegnerische Liste nur etwas über 1600 Stimmen erreichte. Aber die sozialistischen Stimmen verteilten sich auf zwei Listen; die eine der Blanquisten erhielt 1400 Stimmen, eine andre — aufgestellt von einem oppositionellen Lokalkomitee — 500 Stimmen. Es muß nun Sache der beiden Richtungen sein, sich für die Stichwahl zu verständigen, andernfalls würde doch die gegnerische Liste siegen.

Das französische Kongregationsgesez scheint doch einem großen Teil der Religionsgemeinschaften unangenehm zu sein, denn die Zahl der Mönche und Nonnen, die wegen des Gesezes Frankreich verlassen, ist doch nicht unerheblich. Die Kartäuser Mönche des Departements Jüze haben sich nunmehr fest entschlossen, Frankreich zu verlassen. Die Fabrikation des edlen Kartäuser Schnaps, welcher die Mönche mit so großem Fleiß oblagen, wird durch den Fortgang derselben nicht eingestellt. Auch die Karmeliter ergreifen fast alle den Wonsch: von 120 Karmeliter Gemeinschaften haben, wie „La Croix“ mitteilt, nur drei oder vier die Autorisation nachgesucht.

Die Arbeitskammern in Frankreich. Durch ein Dekret des Handelsministers Millerand sind neben dem „Conseil supérieur du Travail“ — dem höchsten Arbeitsrat —, einer Korporation, der, ähnlich unserer „Kommission für Arbeiterstatistik“, die Vorbereitung von Arbeitergesezen obliegt, auch noch die „Conseils du Travail“ ins Leben gerufen worden. Diese Institutionen entsprechen nach ihren Funktionen und Rechten etwa den von der sozialdemokratischen Fraktion des Deutschen Reichstags schon längst geforderten „Arbeitskammern“. Die Unternehmer wollen von diesen neuen „Gebilden der Arbeitertränne“ nichts wissen; in der Kammer wird einer der Jährigen in der nächsten Session die Gültigkeit der Verordnung anzweifeln und ihre Aufhebung verlangen. Eine ganze Anzahl Unternehmerorganisationen haben, wie wir seiner Zeit mitgeteilt, dem Handelsminister ihren Protest unterbreitet und angekündigt, daß sie bei den Vertreterswahlen nicht mitwirken würden. Trotz all dieser Proteste finden nun am 24. d. Mts. für die Arbeitskammer für Paris und Seine-Departement die Wahlen statt. Die Gewerkschaften bereiten sich für die Wahlen vor; man darf gespannt sein, ob die Unternehmer wirklich streiken werden.

Italien.

Das Referendum der italienischen Sozialisten. Bis jetzt haben insgesamt 144 Parteigruppen der Aufforderung der Parteileitung Folge geleistet und zur Frage der Taktik der Partei Stellung genommen. Von diesen haben sich 122 Sektionen für eine Unterstützung des derzeitigen Ministeriums und der liberalen Richtung erklärt, viele mit der Einschränkung: „von Zoll zu Fall“; nur 26 Sektionen lehnen jede Unterstützung der Regierung ab. — In diesen Tagen findet in Rom eine Sitzung der Parteileitung statt, die sich vor allem mit der Frage der Taktik und der Mailänder Seession zu beschäftigen haben wird.

Türkei.

Ein neuer Todesfall von Pest kam in Konstantinopel am Dienstag vor. Der Sanitätsrat entschied, es sei nicht notwendig, wegen des vereinzelten Todesfalles in der Vorstadt Scutari am asiatischen Ufer des Bosporus besondere Maßnahmen zu treffen.

Hien.

Li-Hung-Tschang will aus dem Staatsdienst ausscheiden. Aus Shanghai wird telegraphiert: Li-Hung-Tschang und Linlung, die beiden Friedensvermittler der chinesischen Regierung, haben die Erlaubnis nachgesucht, sich aus Gesundheitsrücksichten ins Privatleben zurückziehen zu dürfen. Li-Hung-Tschang beabsichtigt in Shanghai händigen Wohnsitz zu nehmen.

Afrika.

Boerenkrieg. Die aus Johannesburg berichtet wird, wird Lord Riechers seine Proklamation unmehr verwirklichen und strenge Maßnahmen gegen die Boeren treffen. — In einer Dynamitfabrik in der Nähe von Pretoria wurde eine große Menge Dynamit entdeckt. Der Fabrikwächter ist verhaftet worden, da man ihn für einen Boerenfreund hält, der von dem Vorhandensein der Dynamit Kenntnis haben mußte. — Nach einer Meldung aus Kapstadt ist im Norden der Kolonie die Pferdepeste ausgebrochen, welche zahlreiche Opfer fordert.

Amerika.

Der Prozeß gegen Gzolgoz soll bereits am 23. d. Mts stattfinden. Man hat es anscheinend außerordentlich eilig mit der Vollstreckung des Urteils, denn es wird bereits gemeldet, daß Gzolgoz mittels Elektrizität hingerichtet werden solle. Man hätte dann wenigstens wieder einmal ein interessantes Nordstudienobjekt. Da die Ärzte erklärt haben, am Tode des Präsidenten trage ausschließlich die Verwundung und nicht etwa eine Ungeschicklichkeit der ärztlichen Behandlung die Schuld, hält man die Verurteilung zum Tode für sicher. Der Mörder, ein schwächlicher Bursche mit auffallend kindlichen Zügen, der an „Anfällen“ leidet, legt fortgesetzt ein Benehmen an den Tag, das nicht gerade auf besondere Geistesgaben schließen läßt. Er weigerte sich nämlich, irgend ein Wort zu sprechen, selbst sein Rechtsanwalt vermochte keine Silbe aus ihm herauszubringen.

Die Chicagoer Anarchisten verlangten am Dienstag den Aufschub des Schlußverhörs, da sie, wenn sie freigelassen werden, fürchten, gehängt zu werden.

Vom südamerikanischen Reichsgeschau. Der Kreuzer „Vinson“ ist am Dienstag nach Colon zurückgekehrt. Er hat die Nachricht überbracht, daß die Liberalen am 14. September bei Bocas del Toro von den bolivianischen Regierungstruppen völlig zerprengt wurden, wobei viele Geschütze und Munition erbeuteten. Oberst Grugo näherte sich mit dreihundert Mann in Booten und Dampfern der Provision-Insel, landete un-

gesehen an mehreren Stellen und griff die Aufständischen von vorne und im Rücken zugleich an. Es entzand ein heftiges Gefecht. 30 der Aufständischen wurden getötet bezw. verwundet, 40 wurden gefangen genommen, die übrigen entkamen. Die Regierungstruppen hatten 5 Tote und 4 Verwundete.

Partei-Nachrichten.

Zum Parteitage. Die Genossen des Reichstags-Wahlkreises Hagen-Schwelm hielten am Sonntag ihre Kreisversammlung ab. Nach einem Referat des Genossen G e u e r über „die Revisionsbestrebungen in der Partei“ und nach lebhafter Diskussion wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

„Die Parteikonferenz des Wahlkreises Hagen-Schwelm erblickt in den Revisionsbestrebungen des Genossen Bernstein ein vollständiges Abweichen von den Grundanschauungen der Sozialdemokratie, die bisher ein ebenso sicherer Wegweiser für die Taktik der Partei waren, als sie begeistern im Klassenkampf des Proletariats wirkten. Deshalb verurteilt die Parteikonferenz es auf das entschiedenste, daß Bernstein, trotzdem die überwältigende Mehrheit der Genossen seine Bestrebungen ablehnt, fortfährt, Verwirrung und Uneinigkeit in der Partei zu stiften. Mit Rücksicht darauf, daß der Klassenkampf sich immer mehr zuspitzt und die Einheit der Partei dringend erforderlich ist, wünscht die Konferenz, daß der Lübecker Parteitag gleichfalls in unzweideutiger Weise Stellung zu den Revisionsbestrebungen nimmt.“

Eine längere Diskussion entspann sich auch über die Angelegenheit der Hamburger Accordmänner. Es wurde dazu schließlich diese Resolution angenommen:

„Die Parteikonferenz des Wahlkreises Hagen-Schwelm ist in Bezug auf die Accordmännerfrage der Ansicht, daß derartige Fragen in den gewerkschaftlichen Organisationen ihre Erledigung finden müssen, und daß demgemäß der Schiedspruch aufzugeben ist. Die Konferenz bedauert, daß von einzelnen Gewerkschaftsführern die Angelegenheit derart behandelt worden ist, daß es den Anschein erweckt, als sollten die Gewerkschaften gegen die Partei ausgepielt werden.“

Die Parteigenossen in Tilsit veranstalteten eine Protestversammlung gegen den Brotwucher, wobei Genosse Hofer referierte. Nach dem Vortrage nahm die stark besuchte Versammlung eine Resolution gegen den Zolltarif-Entwurf an. Außerdem wurde aber auch noch folgende Resolution angenommen:

„Die am 15. September zu Tilsit tagende Volksversammlung giebt ihrem schärfsten Bedauern darüber Ausdruck, daß ein sozialdemokratischer Reichstags-Abgeordneter, der Genosse Calver, der Sozialdemokratie in ihrem Kampfe gegen den neuen Handelstarif-Gesetzentwurf in den Arm gefallen ist, indem er Jölle auf Brotgetreide unter Umständen für gerechtfertigt erklärte.“

Partei-Presse. Die in Hof jetzt in sehr kleinem Format erscheinende „Oberfränkische Volkszeitung“, die in der Druckerei der Fränkischen Verlagsanstalt in Nürnberg gedruckt wird, soll vom 1. Oktober ab im Format der „Fränkischen Tagespost“, das heißt doppelt so groß wie bisher, erscheinen. Der Preis wird gleichzeitig von 50 auf 60 Pf. monatlich festgesetzt. Der Besahz wurde am Sonntag in einer Konferenz der 5 oberfränkischen Wahlkreise in Bamberg gefaßt.

Gemeindevahlen. Bei der Gemeinderatswahl in Wilbel, Großherzogtum Hessen, erhielt die Liste der Partei von 548 abgegebenen Stimmen 300 reine Stimmzettel gegen 140 vor drei Jahren. Inse vier Kandidaten siegten mit 312 bis 397 Stimmen über die Gegenkandidaten.

Totenliste der Partei. Genosse Hermann Bergmann, Mutter in Markranstädt, wurde am Sonnabend von einem schnellen Tode ereilt. In der in der Partischänke zu Markranstädt abgehaltenen Versammlung des Vereins Vorwärts meldete sich der 37-jährige Genosse als Redner in der Diskussion zum Wort. Als B. etwa zwei Minuten gesprochen hatte, fiel er kopfüber nach vorn, wurde jedoch von seinen Tischgenossen gehalten und auf den Fußboden gelegt. Der in kurzer Zeit herbeigekommene Arzt konnte nur noch den Tod durch Herzlähmung konstatieren. Bergmann war drei Jahre Vorsitzender des Vereins Vorwärts und außerdem bis voriges Jahr Bevollmächtigter des Bauerverbandes. Dem Verein Vorwärts gehörte er seit dessen Gründung an und war unaußgesetzt thätig für die Gewinnung neuer Mitstreiter.

Der Nationalkongreß der französischen Arbeiterpartei. In der Eröffnungsspreche gab Jules Guesde eine Uebersicht über die Entwicklung der Partei. Danach sind seit dem Kongreß von Jory im September vorigen Jahres 6 neue Föderationen und 149 neue Gruppen in 31 Departements gegründet worden. Die Partei zählt jetzt im ganzen 900 Gruppen. Die 18 Provinzialkongresse, die im Laufe des letzten Jahres gehalten worden sind, haben den Beweis erbracht, daß die Partei gute Fortschritte mache. Guesde erinnert an die Resultate der Generalratswahlen, bei denen die Partei zwar einige Siege verlor, aber einen Stimmengewinn von 15 Proz. zu verzeichnen gehabt habe. Von Plechanoff-Genf ist ein Begrüßungsgeschreiben eingelaufen; in demselben beglückwünscht die russische Sozialdemokratie die französische Arbeiterpartei zu ihrer Stellungnahme gegenüber dem Jarendesuch.

Pollzeiliches, Gerichtliches u. s. w.

Ein Opfer unrichtiger Berichterstattung wurde der Genosse Heymann in seiner früheren Thätigkeit als Redakteur des „Branntschweigenischen Volksfreundes“. Er hatte aus Branntlage von dortigen Parteigenossen einen Bericht erhalten über Vorgänge im Gemeinderat, worin sich namentlich die Beobachtung, daß in der Gemeindefasse bei einer amtlichen Revision ein Fehlbetrag gefunden worden sei, als unwahr herausstellte. In der Verhandlung vor dem Schöffengericht beantragte der Amtsanwalt wegen Beleidigung des Gemeindevorstandes von Branntlage eine Geldstrafe von 100 Mark. Das Gericht ging weit darüber hinaus und verurteilte Heymann zu 6 Wochen Gefängnis.

Der Dresdener Maffierprozeß wurde am Mittwoch vor der Strafkammer als Verschwärungsinstantz verhandelt, da sowohl die Angeklagten wie der Staatsanwalt Verurteilung eingelegt hatten. Die Strafkammer verurteilte zwei vom Schöffengericht Freigesprochene zu je 100 Mark Geldstrafe oder vier Wochen Haft, sprach dagegen drei vom Schöffengericht Verurteilte frei und bestätigte im übrigen das Urteil der ersten Instanz.

Aus Industrie und Handel.

Fortschritte der Krise.

Neben den Betrügereien, die jetzt in Breslau und Heilbronn aufgedeckt worden sind, gehen die zwar nicht so sensationellen, aber im Grunde viel wichtigeren Ereignisse, in denen sich der Gesamtrückgang der Konjunktur anzeigt. Wie schwer die Eisenindustrie unter den künstlich hoch gehaltenen Kohlenpreisen leidet, ergibt sich aus den Eingaben, die von 25 Rübenthalwerkern an das Kohlenministerium gerichtet sind. Die Werke erklären, daß ohne Preisermäßigung der Kohle und der Halbschmelze, die sie verarbeiten, in aller kürzester Zeit unabsehbare und niemals wieder auszugleichende Katastrophen für sie nicht zu vermeiden sein würden. Eine solche Sprache erpreht nur die äußerste Not. Das Weppener Walzwerk, ein allerdings nicht sehr großes Werk, hat im Vorjahre 20 Proz. Dividende verteilt, im letzten Geschäftsjahre aber 76 000 Mark Verlust erlitten.

Die Reichsbank wird von den erschöpften Banken und Industriellen demnach in Anspruch genommen, daß man eine Erhöhung des Diskonts erwartet. Der Wechselbestand bei der Reichsbank hat einen alle Erfahrungen seit 10 Jahren übersteigenden Betrag erreicht.

Mit wachsendem Mißtrauen sieht die Börse auf alle „verschickelten“ Gesellschaften. Besonders deutlich trat es bei den Hypothekendarlehen hervor, die ihre faulen Spekulationen in Tochtergesellschaften versteckten. Dasselbe wiederholte sich bei dem Elektrizitätsklingel in

Dresden, bei Schindler und bei der Treberkrohung. Die industriellen Filialgesellschaften haben seiner Zeit den Muttergesellschaften hohe Emissionsgewinne an den Filialaktien gebracht, die natürlich in der guten Zeit alle mit hohem Aufgeld an der Börse aufgelegt wurden. Das ist nun vorbei; die so bequemen „ausgestatteten“ Löhner geraten in Not und verlangen Geld; oder die Muttergesellschaft sieht noch mit einem Teile der wertlos gewordenen Aktien. Die Erfahrungen mit diesem System, das sich besonders im letzten Aufschwung ausgebildet hat, erklären das Mißtrauen, das sich neuerdings gegen die Aktiengesellschaft Ludw. Löwe mit ihren Filialgesellschaften bemerkbar macht.

Hypothekendarlehen-Versammlungen stehen wieder bevor; die ausgepöbelten Banken sind nicht mehr im Stande die Kommernbank zu rekonstruieren. In Strelitz wird Ende dieser Woche über den 1. Mecklenburg-Strelitzischen Ableger der Kommernbank in einer Aktionär-Versammlung beraten werden. Bei der Dresdener Kreditanstalt wird auch bald eine neue Generalversammlung stattfinden müssen. Es sind neue Skandalosel aufgedeckt; zur Verschärfung drohender Stürme erwartet man Herrn Kempner, den vielgewandten Krisenrat der Berliner Hochfinanz, zu einer brillanten Aktion.

Dresdener Neuderei, Heilbronner Gewerbebank, Kleinbahn-Gesellschaft und hannoversche Straßenbahn sind inzwischen als große Leichen hinzugekommen. Bei der hannoverschen Straßenbahn reifen die Zustände zur Katastrophe. Es ist ein äußerst schwindelhaftes Unternehmen, das mit Terrainspekulationen privater Kapitalisten, die aber in der Straßenbahn viel zu sagen hatten, in Verbindung stand. Herr Wallbrecht, der nationalliberale Abgeordnete, hat sich vor einiger Zeit dadurch aus der Affaire zu ziehen versucht, daß er seinen Aufsichtsratsposten niederlegte. Ein Teil der schon geschädigten Aktionäre will aber den Aufsichtsrat und ebenso die Dresdener Bank, welche die Aktien und Obligationen der Straßenbahn emittiert hat, habhaft machen.

Man blüht in der kapitalistischen Welt mit wachsender Spannung nach Amerika, wo eine unheimliche Ausdehnung der Riesensysteme sich zeigt, aber schließlich auch die Katastrophe befürchtet wird. Neue Trustbildungen, besonders in Verbindung mit Schiffahrtsprojekten, sind in Vorbereitung.

Man schöpft sogar den Verdacht, daß der Anlauf von 7000 Aktien der Hamburg-Amerika-Linie für Amerika der erste Schritt zu einem Auslauf dieser Neudereien sein könne.

Wieder ein verhafteter Betrüger. Der Direktor der Ringofenfabrik Wingo u. Co. in Brühl und der Automobil-Gesellschaft Brühl, Wilhelm Hartwig, wurde in Brühl wegen Unterschlagung, Wechsel- und Urkundenfälschung verhaftet.

Die Konkurs-Bilanz der Leipziger Bank ergibt einen Nettobetrag von 43 301 005 Mark. Nach den beigefügten Erklärungen ist der Konkursverwalter der Ansicht, daß das mutmaßliche Ergebnis der Durchführung des Konkursverfahrens etwa 50 Prozent für die nicht bevorrechtigten Gläubiger ergeben wird, zuzüglich der Beträge, um die sich die Aktivmasse durch Verflüchtigung der sogenannten Treberwerte und durch Geltendmachung des Regreßanspruches gegen die frühere Direktion und den Aufsichtsrat erhöhen wird. In dieser Beziehung läßt sich aber vorläufig eine ziffermäßige Angabe nicht machen, besonders, da über die Regreßansprüche erst eine richterliche Entscheidung gefällt werden muß.

Der Verein deutscher Zigaretten-Fabrikanten sahnte den Verkauf, die im vergangenen Jahre festgelegten Preise und Verkaufsbestimmungen nicht zu ändern; nur wurden als Äquivalent für die wenigen, von den außerhalb des Vereins stehenden Fabrikanten als Lockspeise billiger offerierten Artikel sieben sogenannte Ausnahmestücke im Preise entsprechend billiger normiert.

Die von anderer Seite begabte Hoffnung, daß diese Gründung, die sich besonders rüchsiglos gegen die außerhalb der Vereinigung stehende Konkurrenz benahm, auseinandergehe, scheint somit nicht in Erfüllung zu gehen.

Gewerkschaftliches.

Deutsches Reich.

Der Generalstreik der Flaschenarbeiter ist aufgehoben.

Der Vorstand des Glasarbeiter-Verbandes schreibt uns: Nachdem alle Versuche des Hauptvorstandes, für die Ausständigen die Unterstützungsgelder weiter herbeizuschaffen, scheiterten, mußte der Streik aufgehoben werden. Einer der bedeutungsvollsten Streiks ist beendet. Das Unternehmertum, das seit dem einjährigen Kampf danach trachtete, die Arbeiterkraft zu Boden zu werfen, kann sich seines Sieges freuen. Die Arbeiterkraft ist durch Hunger gezwungen, die Arbeit aufzunehmen. Den sämtlichen Filialen des Verbandes ist der Beschluß des Vorstandes zugegangen, daß wegen mangelnder Unterstützung der Streik aufzuheben sei. Die Kommissionen der Arbeiter werden sich nach dem Comptoir der Fabriken begeben, um die Wiedereinstellung zu erlangen.

Der Kampf, der am 1. August 1900 in Schauenstein begann, hat die Summe von 450 000 M. verschlungen. Dazu wird die Gewerkschaft noch eine ganze Reihe von Gemafregelungen auf sich nehmen müssen; ferner kommt noch hinzu, daß die Arbeit erst in 14 Tagen beginnen kann, da die Glasöfen ganz allmählich angefeuert werden müssen. Der Sieg wäre den Arbeitern ungewiss, wenn dieselben nur noch einige Wochen hätten aushalten können. Die Fabrikanten waren ja sicher, daß den Streikenden große Opfer durch die herrschende Wohnungsnot am 1. Oktober entfallen würden, und man war sich auch in den Kreisen der Glasarbeiter darüber klar, daß wohl vor dem 1. Oktober eine Aenderung der Dinge nicht eintreten möchte.

Genau so bekommen, wie die Streikenden in den Kampf traten, führten sie ihn bis zu Ende. Trotzdem der Hunger der Bundesgenossen, der tägliche Gast der Streikenden war, gab es kein Murren. Nach einjährigem Kampfe in Schauenstein, nach siebenmonatlichem Kampfe in Rieburg und nach dem acht Wochen währenden Generalstreik, wer will es da noch wagen zu erklären, daß die Glasarbeiter nicht eine ganz große Energie besäßen, den Kampf zu einem guten Ende zu führen. Leider trat das nicht ein, was gehofft wurde. Die Unterstützung blieb aus, und so war ein anderer Weg nicht zu finden, als die Streikenden zur Rückkehr zu bewegen. Das Unternehmertum wird sich an den Arbeitern der Glasindustrie bitter rächen. Das beweist schon der Umstand, daß, als jetzt die Kommission der Arbeiter in Dresden vorstellig wurde, um die Erklärung abzugeben, daß die Kollegen gesonnen seien die Arbeit aufzunehmen, die Antwort lautete: „Wer da arbeiten will, muß einzeln kommen!“ Der bitterste Not gehorchend, werden sich wohl oder übel die Arbeiter einzeln melden müssen, und werden so jedenfalls eine Zeit Strafgericht über sich ergehen lassen müssen.

Eine Mahnung richten wir noch an die Mitglieder der Gewerkschaften sowie an alle Parteigenossen: Da die Arbeit erst in 14 Tagen beginnen kann, so wird die erste Lohnzahlung erst in drei Wochen erfolgen; deshalb bitten wir die bis dahin sich noch ohne Arbeit befindlichen Glasarbeiter zu unterstützen.

Der Vorstand des Verbandes der Glasarbeiter.

J. A. Emil Girbig.

In demselben Augenblick, wo uns die Beendigung des Streiks bekannt gegeben wird, erheben wir uns der „Sächsischen Arbeiterzeitung“, daß die Beschwerde der streikenden Ausländer gegen ihre von der Amtshauptmannschaft verhängte und von der Kreisauptmannschaft bestätigte Ausweisung nun auch in letzter Instanz vom Ministerium zurückgewiesen ist. Diese Entscheidung ist den von der Ausweisung Betroffenen am 16. d. M. zugestellt worden mit der Aufforderung, daß sie innerhalb 24 Stunden das Königreich Sachsen zu verlassen haben. Die Ausgewiesenen dürften inzwischen den sächsischen Staub von den Füßen geschüttelt haben. Wenn nun auch die nicht rückgängig gemachte Ausweisung auf die Lage des Streiks keinen Einfluß mehr ausüben kann, so hat sich die sächsische Polizei

mit dieser Maßnahme wieder einmal ein ihrer würdiges Denkmal gesetzt.

Cigarrenarbeiter-Ausland. In der Fabrik von Meier u. Erdbrint in Münchenhof (Harz) sind die sämtlichen Cigarrenarbeiter in den Auslands getreten, weil die Firma den Arbeitern die fernere Zugehörigkeit zu dem Tabakarbeiter-Verbande unterlag hatte.

Ein Erfolg der Arbeiter-Solidarität. In der Hindholzfabrik von Pöhl u. Co. in Janow (Pommern) sind 180 Arbeiter und Arbeiterinnen beschäftigt, die sich anfangs dieses Jahres dem Verband der Fabrik-, Land- und Hilfsarbeiter angeschlossen haben. Als kürzlich der Vertrauensmann des Verbandes plötzlich entlassen wurde, was man als Maßregelung ansah, legten 160 Arbeiter und Arbeiterinnen die Arbeit nieder. Dieser Solidaritätsbeweis hatte seine Wirkung nicht verfehlt. Schon nach einigen Stunden stellte die Fabrik den Vertrauensmann wieder ein, und die Arbeit wurde wieder aufgenommen.

Ein Kegergericht. Der „Christliche Gewerkschafter“, das in München erscheinende Organ christlicher Gewerkschaften, hat die schauerliche Entdeckung gemacht, daß Mitglieder eines katholischen Männervereins dem III. sozialdemokratischen Bezirksarbeiter-Verband angehören. Ja, sogar der Gründer und jetzige Kassierer des katholischen Männervereins wird als hervorragendes Mitglied der sozialdemokratischen Gewerkschaft bezeichnet. Der „Christliche Gewerkschafter“ fordert nun zur Abhaltung eines Kegergerichts auf, dergestalt, daß in den katholischen Vereinen und Gewerkschaften gründlich aufgeräumt werde mit solchen „charakterlosen Elementen“. So bezeichnet das fromme Blatt jene Arbeiter, die ungeachtet ihrer Mitgliedschaft im katholischen Männerverein einer Gewerkschaft angehören, die nicht die Bezeichnung „christlich“ vor ihrem Namen führt. Wir können nur wünschen, daß bei diesem Kegergericht recht viele solcher Arbeiter entdeckt werden, die über ihren religiösen Bedürfnissen nicht die Vertretung ihrer und ihrer Berufsgenossen wirtschaftliche Interessen vergessen. Wie sich eine derartige Aburteilung mit den christlichen Anschauungen verträgt, das mögen die Vertreter der christlichen Gewerkschaften mit sich selbst ausmachen.

Ausland.

Die Handlungsgehilfen Roms, deren Gewerkschaft der dortigen Arbeitskammer angeschlossen ist, wollen in eine Bewegung zu Gunsten der Herbeiführung der Sonntagsruhe eintreten. Sie verlangen Geschäftsstillstand für alle Handelsgeschäfte an allen Sonntagen und Feiertagen; Ausnahmen sollen gestattet sein für Bäcker, Fleischer, Milch- und Kramladen, für welche der Geschäftsstillstand um 12 Uhr mittags, beziehungsweise 3 Uhr nachmittags eintreten soll. Im nächsten Jahre soll auch der erste Mai gefeiert werden. Im übrigen wird die Organisation an die Kammer petitionieren, um auf dem Wege der Gesetzgebung Schutz der Angestellten im Handelsgewerbe zu erlangen.

Eine neue Brückierung der Pariser Arbeiter-Unionen hat der französische nationalistische Municipalrat begangen. Er hat abermals zwei ehemalige Unteroffiziere zu Aufsehern in der Arbeiterbüchse ernannt, trotzdem die Syndikate gegen die frühere Ernennung von fünf Unteroffizieren energisch protestiert haben.

Sociales.

Gegen die Hausarbeit in der Tabakbranche haben die Cigarrenarbeiter von Eschwege unter Beteiligung solcher aus Hanau, Kassel und Wigenhausen eine Eingabe an die Regierung ausgearbeitet. Unter Darlegung der sowohl für die Arbeiter höchst gefährlichen als auch für die Konsumenten äußerst bedenklichen Zustände in der Hausarbeit wünschen die Arbeiter das vollständige Verbot der Hausarbeit.

Aus der Frauenbewegung.

Frauenarbeit in Bergwerken. Die Regierung des Herzogtums Braunschweig soll, wie das „Verl. Tagebl.“ meldet, beim Bundesrat die reichsgesetzliche Regelung der Frauenarbeit in Bergwerksbetrieben beantragt haben. Die Hauptsache wäre, zu wissen, welcher Art die gewünschte Regelung sein soll.

Der Frauen- und Mädchen-Bildungsverein Niddorfs hielt am Dienstagabend bei Metzger, Steinwegstr. 113, eine gut besuchte Generalversammlung ab. Im Vortrage erläuterte Frau J. J. J. sehr anschaulich Zweck und Gründung des Vereins, wofür sie reichen Beifall erntete. Hierauf erfolgte Erziehung des Vorstandes. Vorgeschlagen und gewählt wurden einstimmig: Frau Vogelmann, Vorsitzende, Frau Wischmann, Schriftführerin, Frau Hoppe, Frau Mohr, Beisitzerinnen, Frau Kurzwski, Redaktorin. Da Diskussion nicht stattfand, wurde die Versammlung 10 Uhr geschlossen.

Versammlungen.

Ueber Kommunalpolitik im roten Hause sprach Genosse Heimann am Dienstag in einer Versammlung des Wahlvereins für den vierten Reichstags-Wahlkreis (Südost). Der Redner führte zunächst aus, daß man die Mißstände, welche auf kommunalem Gebiet bestehen, zum großen Teil auf den Mangel an Selbstverwaltung zurückführen könne, an dem unser Kommunalwesen leidet. Der Vortragende zeigte unter Hinweis auf das derzeitige Kommunalwahl-Gesetz, daß den bestehenden Klassen unter allen Umständen die Majorität in der Stadtvertretung zufalle, während die Arbeiterklasse, obwohl sie die überwältigende Mehrheit der Wähler darstellt, von einem entscheidenden Einfluß so gut wie ganz ausgeschlossen ist. Sociale Gemeinschaften, wie es die Gemeinden eigentlich sein sollten, könnten diese nur dann sein, wenn die Masse der Bürger das Recht habe, in allen Gemeinde-Angelegenheiten ihren Willen geltend zu machen. Daß in der heutigen Gemeindeverwaltung, wo die Besitzenden das Heft in Händen haben, keine Spur socialen Geistes zu finden ist, das zeigte der Referent, indem er unter anderem die Mängel auf dem Gebiet des Schulwesens und der öffentlichen Krankenpflege erörterte und demgegenüber die Forderungen besprach, welche unsere Partei in dieser Hinsicht an eine gerechte Kommunalverwaltung stellt. Am Schluß seines mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Vortrages forderte Genosse Heimann zu lebhafter Agitation für die bevorstehenden Stadtverordnetenwahlen auf.

Der Vorsitzende machte bekannt, daß die Petitionslisten gegen den Posttarif noch einige Zeit in verschiedenen Lokalen ausliegen, und daß sie jeder, der noch nicht Gelegenheit dazu hatte, unterzeichnen möge.

Ferner wurde bekannt gegeben, daß die Zeitungspetition am 1. Oktober nach dem Raufberger-Platz 14/15 verlegt wird. — Das Andenken der verstorbenen Genossen Wähge und Schöffow ehrte die Versammlung in der üblichen Weise.

Gantag des Töpfer-Verbandes.

Am 15. September tagte im Berliner Gewerkschaftshause der erste Gantag des ersten Ganges des Verbandes der Töpfer Deutschlands. Vertreten waren 22 Orte durch 29 Delegierte und der Centralvorstand durch den Vorsitzenden Drunsel. Zum ersten Punkt der Tagesordnung „Ausführung der Beschlüsse der Generalversammlung“ hielt Drunsel das einleitende Referat. Er besprach die von der Generalversammlung beschlossenen Reueinrichtungen, speziell das Unterstützungsweisen und die Gau-Einteilung. Der Redner kam zu dem Schluß, daß der Verband durch diese Einrichtungen gekräftigt werde.

Nach längerer Diskussion, in der die Redner teils für, teils gegen die Kongreßbeschlüsse sprachen, wurde eine Resolution angenommen und dem Centralvorstande zur Verlesung übergeben, welche besagt, daß die Nachzahlung von einem Vierteljahresbeitrage für solche Kollegen, welche schon einmal wegen rezidierender Beiträge ausgeschlossen waren, nach den alten Beitragsätzen zu leisten ist.

Der zweite Punkt der Tagesordnung lautete: Bericht der Delegierten Agitation, und Organisation. Es erfolgte eine lebhaft aus-

sprache darüber, wie die Agitation am wirksamsten zu betreiben sei, besonders aber die rüchsigenden östlichen Landestheile der Organisation erschlossen werden könnten. In dieser Hinsicht stimmte man einer von Drunsel gegebenen Anregung zu, die dahin geht, daß in den beiden östlichen Provinzen des Landes Bezirksleiter ernannt werden sollen, die dem Gauleiter zu unterstellen sind und von diesem Entschädigung für ihre Aufwendungen erhalten. — Als Sitz der Gauleitung wurde Berlin bestimmt und Sorg als Gauleiter gewählt.

Im Verband des technischen Bühnenpersonals referierte Kollege Hundt über die gezielte Einführung eines wöchentlichen Ruhetages. Die Ausführungen des Redners wurden von den Anwesenden mit Interesse verfolgt. In der Angelegenheit des Lessing-Theaters wird der Vorstand beauftragt, sofort die Direktion um Auffklärung zu ersuchen; sollte keine Antwort erfolgen, so soll die Öffentlichkeit ihr Urteil über dies Verhalten sprechen.

Die Brauerarbeiter hatten am 8. September eine gemeinsame Sitzung der Vertrauensleute der Sektion der Brauer und der Sektion der Hilfsarbeiter, welche sich hauptsächlich mit der Aufstellung eines besoldeten Beamten für beide Sektionen und der vorgeschlagenen Statutenänderung des ringfreien Arbeitsnachweises beschäftigte. Die Diskussion war eine sehr lebhaft, alle Redner waren sich darin einig, daß bei dem geringen Entgegenkommen, welches die Sektion der Hilfsarbeiter zeigt, in absehbarer Zeit von der Anstellung eines besoldeten Beamten Abstand genommen werden muß. Nach langem Hin- und Wieder wurde die Frage über Statutenänderung des ringfreien Arbeitsnachweises bis zur nächsten Monatsversammlung vertagt. Meldebuchführer des Arbeitslosenbuchs und Krankenunterstützungsweises ist von jetzt ab der Kassierer Hermann Gärtner, alle diesbezüglichen Fragen sind an selbigen zu richten.

In Groß-Lichterfelde sprach am vergangenen Sonntag vor einer gut besuchten Volksversammlung Genosse E. D. Bernstein über das Thema: „Wem nützen und wem schaden die Zölle?“ Im Anschluß an eine eingehende Schilderung der Industriezölle nach dem vorliegenden neuen Tarif ging Redner speziell auf das Gebiet der Agrarzölle über. Er wies nach, daß von einer Kollage der Landwirtschaft im Sinne des vielgebrauchten Schlagwortes keine Rede sein könne. Wo es notwendige Landwirte gebe, da habe diese Kollage ihren Grund in ungesunden Eigentumsverhältnissen: den exorbitant hohen Bodenpreisen, den Zinsen, Pacht- und Rentenlasten. Hier müsse einzig das Vortreiben auf Herabdrückung der Bodenpreise und Renten gerichtet sein. Durch reiches Rohmaterial wies Redner die enorme Belastung des Proletariats infolge der jetzigen und noch mehr der geforderten Getreidezölle nach und forderte zum unerlässlichen Kampf gegen die Getreidezölle so wohl wie gegen alle übrigen Zölle und zum Anschluß an die Socialdemokratie auf.

Eine Diskussion folgte dem mit Beifall aufgenommenen Vortrage nicht.

Schlusswort an den Abgeordneten Stadthagen.

Herr Stadthagen hat den von mir zweimal verlangten Beweis dafür, daß die „Socialistischen Monatshefte“ Fragen politischer Natur von einem andern, als dem sozialdemokratischen Standpunkte aus je behandelt haben, auch in seiner gestern im „Vorwärts“ abgedruckten zweiten „Antwort“ nicht zu führen versucht. Damit bestätigt er, daß seine Behauptung aus der Luft gegriffen war. Der Antrag, den eine Anzahl Genossen vor sechs Jahren für den „Socialistischen Akademiker“ einbrachten (NB. Es ist natürlich unrichtig, daß dieser Antrag aus dem Grunde zurückgezogen wurde, weil Herr Stadthagen für ihn nicht eintrat!), hat mit der vorliegenden Frage gar nichts zu thun; das, was für ein Agitations-Organ, wie es seiner Zeit beabsichtigt war, galt, konnte für das spätere wissenschaftliche Organ nicht mehr Geltung haben. Die „Socialistischen Monatshefte“ haben ein offizielles Partei-Organ nie sein wollen. Herr Stadthagen sollte dieselbe, wenn nicht anders woher, so doch zum mindesten aus der Erklärung des Genossen Webel wissen, die dieser vor etwa 1 1/2 Jahren im Unverständnis mit dem Unterzeichneten im Reichstage abgab. Zudem habe ich dies selber in meiner Erklärung im „Vorwärts“ vom 11. d. M. betont; ich habe dort so gerade bewiesen, daß dadurch der socialdemokratische Charakter der „Socialistischen Monatshefte“ nicht im geringsten tangiert wird. Sollte das Gedächtnis des Herrn Stadthagen nicht einmal eine Woche zurückreichen?

Durch den Abdruck von Briefen, die aus allerhand unkontrollierbaren Kreisen an ihn kommen, beweist Herr Stadthagen nur, daß seine sonderbaren „Gründe“ und Verdächtigungen bei Ununterrichteten Glauben finden; bei Genossen, die die „Socialistischen Monatshefte“ aus eigener Anschauung kennen, steht dies nicht zu befürchten.

Berlin, den 18. September 1901.

J. Bloch.

Lezte Nachrichten und Depeschen.

Einschränkung von Kohlenförderung.

Essen a. Ruhr, 18. September. (W. T. U.) Der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“ zufolge wurde in der Betrats- und Zehnstufigen-Versammlung des Rheinisch-Westfälischen Kohlenyndikats die Förderungseinschränkung für das vierte Quartal auf 20 Prozent festgesetzt sowie die Umlage für das vierte Quartal von 3 auf 6 Prozent erhöht.

Zwitmünde, 18. September. (W. T. U.) Die Leiche des Fischers Peters, welcher mit dem Verleger Otto Brühl ertrunken war, ist von Hülfsboten Fischern bei der Greifswalder See gefunden worden.

Mainz, 18. Sept. (W. T. U.) Bei einem hier wohnenden höheren Beamten wurde vergangene Nacht ein verwegener Einbruch diebstahl ausgeführt und an barem Gelde und Wertpapieren nahezu 100 000 M. gestohlen. Unter den gestohlenen Werthgegenständen befanden sich unter anderem sämtliche Ordensdekorationen des Betroffenen. Von den Dieben fehlt jede Spur.

Braunschweig, 18. September. (W. T. U.) Bei der hiesigen Konfektionsfirma H. V. Weiße sind große Warendiebstähle entdeckt worden, die auf 16 Jahre zurückdatieren. Der Inhaber der Firma schätzt den gesamten Schaden auf 200 000 M. Die Diebesbande, die aus früheren und jetzigen Angestellten besteht, ist ermittelt und zum Teil geständig. Durch Hausdurchsuchung sind bereits Waren im Werte von über 20 000 M. aufgefunden worden, die in den zwei letzten Jahren gestohlen worden sind. Eine größere Anzahl Personen soll als Helfer in Betracht kommen.

Heilbronn, 18. September. Die „Frankfurter Zeitg.“ meldet: Die Schwindelereien der Direktoren der „Heilbronner Gewerbebank“ stellen sich von Tag zu Tag größer heraus. Heute wurde festgestellt, daß Gefälligkeitsaccepte in Höhe von über 200 000 M., die von Wägern aus dem Mittelstande stammten, unentgeltbar sind. Zahlreiche Existenzen dürften, trotz aller Hilfsaktion, vernichtet sein.

Düntersee, 18. September. (W. T. U.) Die Sicherheitspolizei verhaftete auf dem Bahnhof in Verbere einen spanischen Anarchisten (?) Namens Manuel u. Gora, 48 Jahre alt, der aus Südamerika zurückgekehrt war. In seinen Taschen fand man anarchische Schriften. Er wurde sofort aus Frankreich ausgewiesen.

London, 18. September. (W. T. U.) Lloydmeldung. Der deutsche Schooner „Friedrich“ ist an der Insel Inakleit vor dem Hafen von Leith auf den Strand gefahren. Die Mannschaft ist gerettet. — Der deutsche Dampfer „Europa“, auf der Fahrt von Newcastle nach Algo, wurde mit gebrochener Schraubenwelle in Christianiaand eingeschleppt.

Washington, 18. Sept. (Meldung des „Reuterischen Bureau.“) Es verlautet aus guter Quelle, alle Mitglieder des Kabinetts hätten die Wiederernennung für ihre Vertreter, die ihnen Präsident Roosevelt gestern angeboten hatte, angenommen und seien bereit, ihn mit Einlegung aller ihrer Kräfte bei der weiteren Durchführung der Politik McKinleys zu unterstützen.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Der Wahlverein des ersten Wahlkreises hält morgen, Freitag, 19. September, Versammlung bei Dräsel, Neue Friedrichstr. 35, ab. Das Referat hält Herr Stadtverordneter Genosse Hugo Heimann. Näheres bringt die Anzeige in der Freitag-Nummer. Der Vorstand.

Charlottenburg. Heute abend 8 1/2 Uhr findet in der Gaudium-Brauerei, Wallstr. 94, die Versammlung des Wahlvereins statt. Vortrag des Genossen Eduard Bernstein: „Erinnerungen aus der Zeit vor dem Sozialistengesetz“. Bericht über die Generalversammlung des Central-Wahlvereins. Wir ersuchen die Mitglieder, zahlreich und pünktlich zu erscheinen. Gäste sind willkommen. Der Vorstand.

Reinickendorf. Die Mitglieder-Versammlung des Wahlvereins findet Sonnabend nicht statt. Sämtliche Parteigenossen, welche noch im Besitz von Listen gegen die Erhöhung der Nahrungsmittelpreise sind, werden gebeten, etwaige noch ausstehende Listen an den Vertrauensmann Paul Gramm, Reinickendorf O., Winterstr. 5, umgehend abzuliefern.

Adlershof. Heute abend findet bei Scheer in Köpenick die Monats-Versammlung des Wahlvereins für Adlershof statt, in welcher Genosse H. Schubert-Schöneberg über die Frage: „Wie beteiligen wir uns an den Landtagswahlen“ sprechen wird.

Lokales.

Der Milchkrieg

darf nach den letzten Beschlüssen der Mitglieder der „Milchzentrale“ als unabweislich angesehen werden. Die Milchproduzenten sind ebenso willens, an ihren unverkäuflichen Preisforderungen festzuhalten, wie die Milchhändler dabei beharren, die Forderungen nicht zu bewilligen.

Die Entscheidung in diesem Kampfe wird davon abhängen, auf welcher Seite der Konsument tritt. Auch die Milchproduzenten sind vollständig darüber im Klaren, daß es darauf ankommt, den Konsumenten auf seiner Seite zu haben. Bei dem Gedanken daran dürfte aber den Landwirten, die sich in der „Centrale für Milchverarbeitung“ zusammengeschlossen haben, nicht gerade behaglich zu Mute sein. Diese agrarischen Lebensmittelvertreter wissen selber am besten, daß sie sich allenthalben sehr geringer Sympathien erfreuen.

Es wäre in der That mehr als Tollheit, wenn die Berliner Hausfrauen den Agrariern nun auch noch die künstliche Verteuerung der Milch dadurch erleichtern wollten, daß sie sich auf ihre Seite stellen. Der Kampf ist nicht nur den Händlern, sondern mit diesen zusammen der ganzen Bevölkerung aufgeschwungen worden. Wenn die Berliner Hausfrauen mit den Händlern gemeinsame Sache machen und sich gemeinsam gegen die Ausbeutungsgelüste der malkischen „Milchbauern“ zu schütten suchen, dann kann in diesen kein Gott helfen, so sehr sie ihn auch forciert und fort als Bundesgenossen und Helfer für ihr gemeinsames Treiben anrufen.

Die „Milchbauern“, die zur „Milchzentrale“ gehören, sind entschlossen, den Berliner Milchhändlern anders als durch Vermittlung der Centrale keinen Liter Milch zu liefern. Die Milchhändler haben darauf mit dem Beschluß geantwortet, keinen Liter Milch durch die Centrale zu beziehen. Die Hausfrauen können, wenn sie die Centrale zu Fall bringen wollen, ihrerseits nichts Besseres thun, als keinen Liter Milch zu kaufen, der durch Vermittlung der Milchzentrale in den Verkehr gelangt ist.

Altschulbrüder muß wieder einmal Platz machen! Die von den Gemeindebehörden beschlossene Verlegung des Friedrich-Realgymnasiums soll bekanntlich in der Weise erfolgen, daß nicht mit einem Male die ganze Anstalt, sondern die einzelnen Klassen nach einander, von der untersten anfangend, aus der Altschulstraße nach der Tempelhofer Vorstadt übersiedeln. Mit dem Umzug soll begonnen werden, noch bevor in der Tempelhofer Vorstadt für das Realgymnasium ein neues Schulhaus errichtet ist. Die Schule muß also dort vorläufig in provisorischen Räumen untergebracht werden. Im Frühjahr ging durch die Presse die Nachricht, daß schon zum 1. Oktober dieses Jahres die unterste Vorhauklasse nach der Tempelhofer Vorstadt verlegt und in dem Gemeindeforschulhaus in der Wartenburgstraße untergebracht werden sollte. Diese Nachricht wird jetzt bestätigt. Wir haben bereits damals darauf hingewiesen, daß in der Wartenburgstraße kein einziges Klassenzimmer unbesetzt ist, daß also Raum für eine Vorhauklasse nur gewonnen werden kann, wenn man eine der Gemeindeforschulklassen „fliegen“ läßt oder sie durch Umsiedlung an eine andere Schule abgibt. Wie es jetzt heißt, soll nach und nach das ganze Realgymnasium vorläufig in der Wartenburgstraße untergebracht werden. Dann wird natürlich bald auch die ganze Gemeindeforschule aus der Wartenburgstraße weichen müssen. Auch darauf war bereits im Frühjahr von uns hingewiesen worden. Es ist in Berlin Jahrzehnte hindurch so gehalten worden, daß Gemeindeforschulen von anderen Lehranstalten, die noch vor Fertigstellung eines eignen Schulhauses eröffnet werden sollten, aus ihren Räumen verdrängt wurden. Es würde uns nicht im geringsten wundern, wenn es tatsächlich auch diesmal wieder so läme. Die Gemeindeforschule ist ja nun einmal das Altschulbrüder, das Platz machen muß, wenn die vornehmern Schwestern kommen.

Die Stadtverordneten-Versammlung wird sich in der nächsten Sitzung mit zahlreichen Pensionierungen und Aufstellungen von Lehrern, Gemeindebeamten usw. zu beschäftigen haben. Außer mehreren Magistratssekretären, Bureau-Hilfsarbeitern, Steuererebedern und Unterbeamten wird die Pensionierung des Oberlehrers Prof. Dr. Hübner, der Redatoren Otto Hirtz, Edward Nikolaus und Alex. Stiel, von 11 Gemeindeforschullehrern, 3 Gemeindeforschullehrerinnen, des Oberfeuerwamms Hemmels sowie von 15 Feuerwehramännern und 8 Spritzenmännern, verschiedenen Aufsehern und Subalternbeamten nachgehandelt. Die Summe der für diese zu zahlenden Ruhegehälter erreicht die anfängliche Höhe von 85 469 M. pro Jahr.

Die Vorbereitungen zu den Stadtverordneten-Wahlen sind bereits in vollem Gange. Bei den Freisinnigen gehört dazu auch die satifam bekannte, alle zwei Jahre wiederkehrende Kaybalderei zwischen den feindlichen Brüdern, den Anhängern der „Neuen Fraktion der Linken“ und der „Alten Fraktion der Linken“. Eine Lokalkorrespondenz hatte die Nachricht verbreitet, die „Neue“ werde diesmal kein Kartell mit der „Alten“ eingehen und bei Wahlen zwischen der „Alten“ und der Socialdemokratie sogar für den socialdemokratischen Kandidaten eintreten. Dazu erklärt die „Berliner Zeitung“, daß ein Kartell der „Neuen Linken“ mit den übrigen bürgerlichen Fraktionen der Stadtverordneten-Versammlung bei den diesjährigen Wahlen in der That ausgeschlossen sei; vollkommen aus der Zeit gegriffen sei aber die Behauptung, daß die „Neue Linke“ beabsichtige, für die Socialdemokratie einzutreten, wo diese der „Alten Linken“ gegenüberstehe. Nach den Erfahrungen der früheren Jahre muß man annehmen, daß auch der erste Teil jener Meldung unzutreffend ist. Bis der Wahltag heran kommt, werden die feindlichen Brüder wohl noch versöhnt einander die Arme sinken.

Die Prügelmilch im städtischen Obdach wurde am Mittwoch in dem Ausschuh erörtert, der in der vorigen Woche zur Prüfung der gegen die Anstalt vorgebrachten Beschwerden eingesetzt worden ist und dem von socialdemokratischer Seite der Stadtverordnete Stadthagen angehört. In der Angelegenheit unseres Genossen Stadtverordneten Hoffmann beschloß der Ausschuh, die Vernehmung der Jungen, sowie der von Hoffmann der Beteiligung an der Prügelmilch beschuldigten Personen zu veranlassen. Hoffmann hat von den Angeklagten des Obdachs zwei namhaft gemacht, Schröder und Liebenow. Die „Voss. Zig.“ bemerkt dazu, Schröder sei ein schwächlicher kleiner Mann von 71 Jahren, und Liebenow könne sein Alibi nachweisen. Das „Tageblatt“ behauptet gar, es sei auf Veranlassung des Obdachmeisters Liebenow bereits verurteilt und habe sein Alibi bewiesen. Diese Mitteilung des „Tageblatts“ ist unklar. Es wird aus Anlaß der lägenhaften Mitteilungen bürgerlicher Blätter über die Obdachangelegenheiten beantragt, auch zu erörtern, ob etwa ein Beamter hinter diesen albernem Schwindelen steckt, deren offensbare Tendenz dahingehet, schließlich zu erweisen, daß Hoffmann überhaupt nicht geprügelt worden sei. Aus Anlaß der Beschwerden sollen — abgesehen von den Beamten — etwa 30 Personen als Zeugen vernommen werden. Die Mitteilungen bürgerlicher Blätter über bereits erfolgte Vernehmungen sollen offenbar den Thatbestand verschleiern. Wir dürfen diesen Verleumdungen der Verschleierung gegenüber feststellen, daß die Affaire Hoffmann und mehrere andre Beschwerden, ganz von der disciplinaren Verfolgung abgesehen, ein strafrechtliches Vorgehen gegen mehrere Beamte nach sich ziehen wird, und das trotz der Verhinderung der rohen Prügelmilch durch das „Berliner Tageblatt“. Die „Vossische Zeitung“ berichtet bei dieser Gelegenheit von einer neuen Prügelmilch im Obdach, die aber sofort klargestellt worden sei. Als der Inspektor die Ermittlung der Schläger veranlaßt, habe sich ergeben, daß nur Obdachlose daran beteiligt waren. Ach, wenn doch immer im städtischen Obdach, sobald jemand geprügelt worden war, die Feststellung der Schläger so prompt erfolgt wäre, wie in dem vorliegenden Fall! Hinter dem Eisern, mit dem der Fall der Offentlichkeit unterbreitet wird, verbirgt sich der Wunsch, zu zeigen, daß aller Skandal nur von den Obdachlosen kommt.

Aus den Kreisen der Eisenbahn-Angestellten wird uns zu der Frage des Thüringens im Stadtbahn- und Vorortverkehr geschrieben: Die Unsitte des Publikums, das Schließen der Coupéschüren einfach den Angestellten zu überlassen, hat schon manches Menschenleben vernichtet. Um beträchtlichen Teil wird das Thüringens von solchen Jagdgräben vergessen, die im letzten Augenblick, wenn der Zug sich schon in Bewegung gesetzt hat, einsteigen und dann in der Sorge um einen passenden Platz den Träger nicht einlinken oder gar die Thür völlig offen stehen lassen. Hat dann der Angestellte neben dem schon in ziemlich schneller Fahrt begriffenen Zug herzulassen, um mit kühnsterem Griff die Thür in Ordnung zu bringen, so gerät schon ein beträchtliches Maß von Leibern dazu, um nicht zu straucheln und von den Blättern des Juges gerammt zu werden.

Es ist daher schon unter den Angestellten erwogen worden, ob der Eisenbahndirektion nicht zu empfehlen sei, den Perron eine halbe Minute vor Abgang eines Juges abzusperren, damit niemand in die Verfahrnung komme, in den schon in der Fahrt begriffenen Zug einzusteigen. Auch wäre am Ende eine schärfere Handhabung der Strafbestimmung, welche sich auf das Versteigen eines in der Fahrt befindlichen Juges bezieht, zu empfehlen.

Aber auch die Verwaltung trifft ein Vorkurz, insofern als die Arbeitskräfte auf den Stationen zur Vermeidung des Juges nicht andreichen. Auf jeder Station ist nur ein Angestellter vorhanden und das ist völlig ungenügend. Zwar wird dieser eine Mann vom Jugsführer unterstützt, aber dessen Hilfe kommt kaum in Betracht und wird unter besonderer Gefahr gesendet, da es dem Führer gerade obliegt, den Zug während der Fahrt zu besteuern. Dann vergrößert noch der Umstand die Gefahr, daß der Thürverschluss vielfach nicht ordentlich funktioniert. Das Publikum steigt in solchem Fall in ein andres Abteil, läßt aber den Verluß in wagerechter Haltung stehen. Der Beamte scheidet nun an dem bereits fahrenden Wagen unumgänglich vertritt, gleitet bei seinem Bemühen aus und das Unglück ist geschehen. Der zuletzt angeführte Mangel zeigt sich übrigens nicht allein bei den Personenwagen, sondern macht sich noch weit ärger bei den Güterzügen bemerkbar. Diese befinden sich, dank der gemeingefährlichen Spariankeitspolitik, zuweilen in einem geradezu erschreckenden Zustande.

Mit „aufgefressenen“ Heringen wird jetzt, wo die Winterartoffeln geerntet werden und Wellartoffeln mit Hering ein Saisongericht bilden, von Händlern ein schändlicher Wetzig veräußert. Um sich vor Schaden zu hüten, beachte man folgende, auch vom Polizeipräsidium gemachte Erfahrung: Häufig werden als „frische“ Heringe solche aus dem vorigen Jahre stammende verkauft, die durch entsprechende Vorbereitung, hauptsächlich durch Einlegen in Milch und alte Sardellenlake aufgefressen worden sind. Bei solchen alten Heringen ist die Linse im Auge undurchsichtig, bei neuen Heringen dagegen durchsichtig. Nach polizeilichen Vorschriften ist der Verkauf von aufgefressenen Heringen nur unter entsprechenden Bezeichnungen, wie „konservierte Heringe“, zulässig.

Der Raubmörder Jänike wurde gestern morgen bereits dem Untersuchungsrichter vorgeführt und hat auch hier sein auf dem Polizeibureau abgelegtes Geständnis wiederholt. Die Ermordung der Mähle ist allem Anschein nach nicht allein auf den bedürftigsten Raub zurückzuführen, vielmehr dürfte bei dem Motiv für die That Nachsicht mitgewirkt haben. Frau R. war nämlich früher einmal genötigt, in einer Strafsache gegen J. als Zeugin zu erscheinen und gegen ihn auszusagen.

Ganz seltsam ist das Verhalten des Mörders im Gefängnis, wo er bald über seine That sichtlich Reue zur Schau trägt und weint, bald ruhig und gleichgültig dahist und in geradezu cynischer Weise über das verübte Verbrechen spricht. Einigenmaßen erklärlich erscheint das Betragen des Mörders durch seine Verbrechensnatur, die schon in seiner frühesten Jugend offensichtlich wurde. Bereits als Anabe von fünf Jahren hatte Jänike seine diebstahligen Neigungen seinen Pflegeeltern gegenüber zu erkennen gegeben.

Vom sechsten Lebensjahre an besuchte der kleine Albert die Gemeindeforschule in Schöneberg. Hier zeigte er sich seinen Mitschülern gegenüber nicht nur unverträglich, sondern er verübte auch wiederholt kleine Diebstähle, welche zu mehrfachen schweren Säulstrafen führten. Er war einer der schlechtesten Schüler, hatte keine Lust zum Lernen und ging aus der vierten Klasse ab. Nach nicht 15 Jahre alt, erlitt Jänike die erste gerichtliche Strafe wegen Verübung von Einbruch; er hatte bei seinen Eltern wohnende Schloßburgen bestohlen. Als 15 jähriger Junge wurde er auch total betrunken auf der Straße aufgefunden und nach der Polizeiwache gebracht, um dort den Raub auszumalen. Die Mutter, die es in früheren Jahren an Strenge und Härte hatte fehlen lassen, verlor schon über den 14 jährigen Anaben jede Herrschaft und konnte sich kaum noch vor Mißhandlungen durch den Wurschen schütten. Jänike weigerte sich entschieden, irgend einen Beruf zu ergreifen. Er nahm nur hin und wieder Gelegenheitsarbeiten an und lebte im übrigen als Vagabund. Seiner Pflegemutter nahm er gewalttham die geringen Geldmittel ab, die sie verdiente, so daß die arme Frau häufig Hunger leiden mußte, während Jänike das geraubte Geld in Kneipen verpröste. Von den Verwandten des Mörders wird die Vermutung ausgesprochen, daß Jänike geistig nicht normal sei.

Die erste elektrische Volkbahn Groß-Berlins dürfte die Anhalter Vorortstrecke nach Groß-Lichterfelde werden, die zum 1. Dezember in Berlin vom Anhalter zum Potsdamer Bahnhof verlegt werden wird. Es handelt sich nicht wie bei der Damsferbahn um einen Versuchsbetrieb mit einem oder einigen wenigen Zügen, die

elektrischen Antrieb erhalten, sondern um das Projekt, die gesamte Vorortstrecke vom Potsdamer Bahnhof in Berlin bis Groß-Lichterfelde-Ost vollständig elektrisch zu betreiben. Die Union hat der Eisenbahnverwaltung das Anerbieten gemacht, die Anhalter Vorortstrecke vollständig elektrisch auszurüsten. Der Betrieb soll nach dem eignen System der Gesellschaft erfolgen. Vorgezogen sind vierachsige Motorwagen mit Drehgestellen. Die Unternehmerin will die Strecke nicht nur ausrüsten, sondern auch für eine Reihe von Jahren betreiben. Als Entschädigung beantragt sie eine nach den geleisteten Wagen-Kilometern oder sonst näher zu bestimmende Vergütung. Für die Dauer des Vertrages sind 15 Jahre vorgezogen. Es soll der Staatsverwaltung vorbehalten bleiben, den Betrieb in eigene Verwaltung zu übernehmen. Scheinbar ist die Eisenbahnverwaltung geneigt, auf das Anerbieten der Union einzugehen. Die Verhandlungen darüber sind zwar noch nicht abgeschlossen, dürfen aber im Laufe des Winters zu einem Ergebnis führen.

Zu dem Auffinden einer Kindesleiche am Nord-Bahnhofe wird weiter mitgeteilt, daß wahrscheinlich ein Nord vorliegt. Die Ermittlungen ergaben, daß der Müllesten, der die Leiche enthielt, auf dem Grundstück Marienburgerstr. 30 aufgeladen worden war. Kriminalbeamte suchten daher dieses noch genauer ab, fanden aber keine Spur, die zur Ermittlung der unnatürlichen Mutter führen könnte. Es steht fest, daß das Kind in dem Hause selbst nicht geboren worden ist, daß es vielmehr von außen her auf den Hof gebracht und dort in den Müllesten geworfen sein muß, ohne daß jemand es merkte. Das war um so leichter, als das Haus einsam an der Ecke Windstraße liegt und zwei Eingänge hat.

Falsche Fünfzig-Pfennigstücke. Im Norden und Osten der Stadt, wie auch besonders in Neu-Wehensee sind falsche Fünfzig-Pfennigstücke im Umlauf. Die Falsifikate tragen das Münzzeichen D und die Jahreszahl 1876. Sie sind täuschend nachgemacht, bestehen aber aus einer Zinnmischung, fäulen sich fettig an und brechen bei starkem Druck.

Tödtlich verunglückt ist gestern abend auf dem Heimwege von der Arbeit der 47 Jahre alte Tischergeselle Hermann Tischlerich aus der Weisfelstr. 7. Der Mann war mit einem Juge des Rodrings vom Gesundbrunnen gekommen und stieg die feuerne Bahnhofsstreppe zur Weisfelstraße hinauf. Schon fast oben angelangt, erlitt er einen Schwindelanfall und stürzte rücklings die Treppe hinunter, so daß er mit dem Kopfe auf die Platten des Absatzes schwer aufschlag und benimmungslos liegen blieb. Ein Arzt der nächsten Unfallstation legte ihm einen Verband ein, um ihn dann nach dem Noabiter Krankenhaus bringen zu lassen. Der Verunglückte farb ihm jedoch unter den Händen. Die Leiche wurde später nach dem Schauhause abgeholt.

Feuerbericht. Mittwochvormittag wurde die Wehr nach Brunnenstr. 57 gerufen, wo Gardinen Feuer gefangen hatten. Holzverschläge brannten kurz darauf Minierstr. 64. In der Nacht zum Mittwoch mußte Brunnenstr. 1 ein Kellerbrand abgelöscht werden. Wollwaren in einem Schaufenster gingen Lindowerstr. 18 in Flammen auf. Außerdem erfolgten noch Alarierungen nach Grüner Weg 44, Vorfröhrstr. 15, Friedrichsgracht 81, Wollmischerstr. 16 und Stralunderstraße 29. In allen Fällen handelt es sich um kleine Wohnungsbrände, die noch im Keime erloscht wurden.

Widrige Verhältnisse verschiedener Art haben einen Veteran der Arbeit, den 64 Jahre alten Möbelpolierer Gustav Dingel aus der Frankfurter Allee, in den Tod getrieben. Dingels Frau, die 62 Jahre alt ist, leidet seit drei Jahren an Asthma. Sein Sohn verlor frühzeitig durch den Tod seine Frau, so daß das einzige Kind, ein jetzt elf Jahre altes Mädchen, von den Großeltern erzogen werden mußte. Seine Tochter lebte mit einem Arbeiter in so unglücklicher Ehe, daß sie sich von ihrem Manne trennte und zu den Eltern zurückkehrte. Zu alledem kam nun noch die unglückliche Lage der Tischlerei, die dahin führte, daß der alte Mann, der 26 Jahre lang bei dem Tischlermeister Knöfel in der Gubenerstraße 10 beschäftigt war, nur noch Halbtagsarbeit hatte und daher erheblich weniger verdiente. Nachdem er schon länger eine sehr gedrückte Stimmung gezeigt hatte, kam er gestern, Dienstagmittag, nicht wie gewöhnlich zum Essen nach Hause. Man schickte daher die Enkelin nach der Tischlerei in der Gubenerstraße und erfuhr nun, daß Dingel Hand an sich gelegt hatte. Als die andere Arbeiter bei Beginn der Wittigspawie weggingen, blieb er allein in der Werkstatt, verriegelte diese von innen und erhängte sich an einem Balken. Als man ihn fand, war er schon tot.

Die 4. städtische Fortbildungsschule für Jünglinge und Erwachsene, Heinersdorfstr. 18, am Friedrichshain, nimmt unter den Anstalten, die der gewerblichen Fortbildung dienen, eine hervorragende Stelle ein. Sie zählt jetzt über 1000 Schüler, die in 76 Klassen von 43 Lehrern unterrichtet werden. Ihre Schülerzahl wächst beständig, da im Unterricht nicht die praktischen Bedürfnisse der Schüler betont werden. An die Schule ist der städtische Gewerbesaal und die Berliner Tischlereischule mit 300 Schülern angegliedert, wo Handzeichnungen für Schloffer, Mechaniker, Drechsler und Tischler gelehrt wird. Anmeldungen nimmt täglich der Leiter der Anstalt, Rektor Vukenberg, Heinersdorfstr. 18, im Saalgebäude entgegen.

Aus den Nachbarorten.

Die Errichtung eines Gewerbegerichts ist von der Gemeindevertretung unseres Vorortes Rummelsburg beschlossen worden.

Aus Groß-Lichterfelde berichtet man uns: Die seitens der hiesigen Arbeiterschaft mit Spannung erwartete Entscheidung der Gemeindevertretung über die von einer Anzahl Grundbesitzer-Vereine gestellten Anträge auf Wahlreuestrahlung ist in der jüngsten Sitzung gefallen. Bevor wir über diese berichten, möchten wir uns vorher in einer Sache der Person des Herrn Gemeindevertreters Dr. Lehmgärner vernehmen.

Der genannte Herr gehört zu den eifrigsten Gegnern der Socialdemokratie; er führte in der Sitzung den Feigen der Grundbesitzer im Kampfe für Wahlrechts-Verschlechterung an. Nach einigen Sätzen seiner Begründung“ der Grundbesitzer-Vorlage ging dem Herrn Doktor plötzlich der Gaul durch; in erregtem Tone richtete er persönliche Angriffe gegen den Berichterstatter des „Vorwärts“ und feierlichen socialdemokratischen Kandidaten in der Domäne des Herrn Lehmgärner.

Er scheint eine solche Kandidatur für einen unbedeutenden politischen Eingriff zu halten, gegen den sein Interesse sich mächtig empört. Die persönliche Voreingenommenheit aber ist ein sehr schlechter Berater — auch in politischen Dingen. Wir verdanken bewährten, aber jetzt vielleicht etwas veralteten pädagogischen Grundfägen eine Erziehung, die uns weder befähigt noch gestattet, mit dem Jugendbildner und Vertreter der weltlichen Intelligenz in einen Wettbewerf auf dem Gebiet persönlicher Ausfälle einzutreten. Führt Herr Dr. Lehmgärner das Bedürfnis, auch fernerhin seine geistige Spannkraft in derartigen Reden zu üben, so wolle er sich durchaus keine Beschränkung auferlegen. Auf uns machen sie keinen Eindruck.

Dr. Lehmgärner bekämpfte den Vorschlag des Vorstandes; er will unter allen Umständen ein Eindringen der Socialdemokratie ins Rathaus verhindern, es müsse ein Schutzwall gegen dieselbe geschaffen werden dadurch, daß die 50 proz. Erhöhung des Durchschnitts staturarisch festgelegt werde. Der Redner hätte sich angestellt, das Wort „Arbeiter“ oder „Arbeiterschaft“ in den Mund zu nehmen; er spricht von „Elementen“ und von „flüssigen Elementen“. Nachdem ein Antrag auf Kommissionsberatung wieder zurückgezogen war, wurde über die drei gestellten Anträge abgestimmt. Für das reine Durchschnittsprincip stimmten 4, die Zwölftelung — Vorschlag des Vorstandes — 9, die 50 prozentige Erhöhung 12 Gemeindevorsteher. Die letzte Abstimmung wurde noch einmal wiederholt, es

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Tonnesberg, 18. September. Opernhaus. Der Ring des Nibelungen. Das Rheingold. Anfang 8 Uhr.

Schauspielhaus. Der Revisor. Anfang 7 1/2 Uhr.

Neues Opern-Theater (Kroll). Die Hedermaus. Anfang 7 1/2 Uhr. Im Trianon-Theater: „Lebende Heder“. Anfang 8 Uhr.

Schiller. Die Kronpräsidenten. Anfang 8 Uhr.

Deutsches Nora. Anfang 7 1/2 Uhr.

Berliner. Ueber unsre Kraft. (1 Teil). Anfang 7 1/2 Uhr.

Leistung. Die Zwillingsschwester. Anfang 7 1/2 Uhr.

Neubau. Continens Chemann. Söther: Nephos Tochter. Anfang 7 1/2 Uhr.

Neues. Das ewig-Weibliche. Anfang 7 1/2 Uhr.

Westen. Der Freischütz. Anfang 7 1/2 Uhr.

Rezeptionsbühne. Buntes Theater: Jederbreit. Anf. 8 Uhr.

Central. Die Weibha. Anfang 7 1/2 Uhr.

Thalia. Ein tolles Geschäft. Anfang 7 1/2 Uhr.

Luise. Der Mann im Monde. Anfang 8 Uhr.

Carl Weich. Berliner Rangen. Anfang 8 Uhr.

Friedrich-Wilhelmsstädtisches. Die Bomben. Anf. 7 1/2 Uhr.

Bellevue-Allee. Talolo. Anfang 8 Uhr.

Metropol. Spezialitäten-Vorstellung. Schön war's doch. Anfang 8 Uhr.

Apollo. Spezialitäten-Vorstellung. Frau Luna. Anfang 8 Uhr.

Passage-Theater. Damen-Ming-Kämpfe. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang nachmittags 5 Uhr.

Passage-Vanoptikum. Spezialitäten-Vorstellung.

Reichshallen. Stettiner Sänger. Anfang 8 Uhr.

Palast. Spezialitäten-Vorstellung. Rosenmontag. Anfang 8 Uhr.

Urania. Tendenz. 48/49. (Am Theateraal.) Abends 8 Uhr: Zu kleinen Preisen: Mittelmeerfahrten.

Invalidenstraße 57/62. Täglich abends von 6-10 Uhr: Sternwarte.

Schiller-Theater (Wagner-Theater).

Donnerstagabend 8 Uhr: **Die Kronpräsidenten**. Historisches Schauspiel in 5 Akten von Henri Heine, übersetzt v. Adolf Strodtmann. (Text der Gesamtausgabe.)

Freitagabend 8 Uhr: **Helmut**.

Sonntagabend 8 Uhr: **Die Kronpräsidenten**.

Central-Theater.

Heute zum vorletztenmal: **Die Geisha**. Operette in 3 Akten v. Sidney Jones. Morgen zum letztenmal: **Die Geisha** in derselben Besetzung. Sonnabend, den 21. September: Eröffnung der Winter-Saison mit der Operette **Giroffo-Giroffo**. Sonntagnachmittag: Volkstümliche Vorstellung zu halben Preisen: **Der Bettelstudent**. - Abends: **Giroffo-Giroffo**.

Metropol-Theater.

Schön war's doch!

Gr. Berliner Ausstattungssposse mit Gesang u. Tanz in 5 Bildern.

Emil Thomas a. G.

Joseph Josephi a. D.

H. Bender. G. Kaiser.

Eise de Veré a. D.

Frid-Frid. F. Georgette.

Gastspiel: **Saharet!**

Anfang 8 Uhr. Rauchen überall gestattet.

Palast-Theater

fr. Neen-Palast. Burgstr. 22. Direktion: Winkler u. Fröbel. Unbeschreiblichen Erfolg hat das neue Revue-Programm. Schillerhaftes Bühnenpersonal.

Karl Braun mit seiner Blig-Verwandlung Endlich allein!

Der komponierte Wettstreit. Direktor **Wilhelm Fröbel** als Dienstmann Meier in der Gelangspolze.

Rosenmontag Lebende Photographien usw. Anfang: Wochentags präc. 8 Uhr, Sonntag präc. 7 Uhr. Billet-Verkauf 11-1 Uhr.

Urania.

Tauben-Strasse 48/49. Im Theater um 8 Uhr: **Letzte Woche! Mittelmeerfahrten.** (Kleine Preise.)

Invalidenstr. 57/62. Tägl. Sternwarte.

Castans Panopticum.

Friedrichstr. 165. **Neu! Neu! Neu! Der künstliche Mensch!** Die sensationellste Erfindung der Neuzeit: Der „Clon“ der Pariser Welt-Ausstellung. Vorstellungen: 12 Uhr mitt., 3, 5, 6, 7 Uhr nachmittags.

Zoologischer Garten

Entree 1 Mark. Heute u. folgende Tage ab 4 Uhr nachmittags **Grosses Doppel-Konzert.** Bei ungünstigem Wetter im Saal.

Thalia-Theater.

Dresdenerstr. 72. Heute u. folg. Tage: **Ein tolles Geschäft.** Große Ausstattungsposse mit Gesang und Tanz in 4 Bildern. Paula Worm in 8 Verwandlungen. Guido Thielscher in 11 Verwandlungen. Fritz Helmerding als Wolzogen. Junkermann, Böse. Anfang 7 1/2 Uhr.

Carl Weiss-Theater

Große Frankfurterstr. 132. Anfang 8 Uhr: **Berliner Rangen!** Große Ausstattungsposse mit Gesang in 7 Bildern von G. Ribert. Musik von R. Leonard. Sonnabendnachmittag 4 Uhr: Kinder-Vorstellung (ganz kleine Preise) **Max und Moritz**. Sonntagnachmittag 3 Uhr bei kleinen Preisen (60 Pf., 30 Pf.): **Liane, die zweite Frau.**

Apollo-Theater.

Kolossaler Erfolg des neuen Programms! **Marcelle Grandet** **Die 4 Provencales** **Robert Steidl** **Frau Luna** **Luftballett Grigolatis**

Anfang 7 1/2 Uhr.

W. Noacks Theater.

Braunstrasse 16. **Gefühllos u. Gröflichkeit**. Eröffnung der Winter-Saison am Sonntag, den 22. September. **Die wilde Katze.** Posse mit Gesang in vier Akten von Mannhardt und Keller. Musik von Steffens.

Deutsche Konzerthallen.

An der Spandauer Brücke 3. Vornehmstes Vergnügungsort! Sehenswürdigkeit Berlins!! In den sieben grossen wunderbar dekorierten Stadtbahnhöfen täglich **Internationale Konzerte.** Spezialitäten-Vorstellung von nur erstklassigen Kräften! Special-Ausschank der Berliner Bookbräuerei. Vorzügliche Küche. Gut gepflegte Biere. Oekonom Gustav Profflpper.

Reichshallen.

Stettiner Sänger. Herrliches Programm, u. a. „Bosco“. Anfang 8 Uhr. Sonntag 7 Uhr.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1-5. Fernsprecher: Amt VII, 353. Dienstag, den 24. September, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, großer Saal: **Grosse Versammlung.**

Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Herrn Dr. Fehr, Assistenzarzt des Herrn Geheimrat Prof. Dr. Hirschberg über „Das Entfernen von Splintern aus dem Auge auf magnetischem Wege“. 2. Fragen.

Zahlreichen Besuch dieser für Metallarbeiter aller Branchen sehr wichtigen Versammlung erwartet Die Ortsverwaltung.

Achtung! Volksversammlung

Donnerstag, den 19. September, abends 8 Uhr, im Kolberger Salon, Kolbergerstrasse Nr. 23.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag der Genossin **Martha Tietz** über: **Die willkürliche Milch- und Fleisch-Verteuerung, ein neuer Raubzug gegen die Beschlofen.** 2. Diskussion.

Frauen, erscheint zahlreich in dieser Versammlung.

Vorläufige Anzeige! **Achtung Südosten!** Montag, den 23. September, findet eine Volksversammlung im Gewerkschaftshause mit derselben Tagesordnung statt. Näheres siehe Sonntag.

Achtung! Versammlung Achtung!

des socialdemokratischen Vereins im V. Berliner Reichstags-Wahlkreis am Freitag, den 20. September, 1/9 Uhr präcise, im Rosenthaler Hof, Rosenthaler-Strasse 11|12.

Tages-Ordnung: 1. Welche Reformen erstrebt die Socialdemokratie in der kapitalistischen Gesellschaft? Referent: Genosse **Robert Schmidt**. 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten und Beschiedenes. Gäste erwünscht. - Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersucht **Der Vorstand**.

Gewerkschafts-Kartell für Berlin u. Umg.

Freitag, den 20. September, abends 8 1/2 Uhr: **Versammlung der Delegierten bei Patt, Dragonerstrasse 15.**

Tages-Ordnung: 1. Kassenericht. 2. Berliner-Angelegenheiten. 3. Die Stellung der „Polzarbeiter-Zeitung“ zum Generalstreik der Flaschenmacher. Referent: Genosse **Dörwald**. 4. Beschiedenes. **Der Ausschuss**.

Gr. Frauen-Vortrag

Freitagabend 8 1/2 Uhr, Andreasstr. 21, über **Nervenschwäche, Frauenleben und Leiden** vom prakt. Naturheilkundigen **Grundmann**, vorgetragen an großen Lichtbildern. Gäste 20 Pf., dafür eine Broschüre. **Naturheilverein Köpnickestrasse 72.**

Zu beachten!

Um die öffentliche Meinung über die ihr bis jetzt fast gänzlich unbekannteste Tatsache aufzuklären, daß unter dem Vorwand wissenschaftlicher Forschung die grausamsten Tierquälereien (Bivisektion) zahllos begangen werden und um femer zu zeigen, daß hier nicht nur die grossen menschlichen Missethäter, sondern auch von bestrittenem wissenschaftlichen Werte ist und zu den gemeinsten, gefährlichsten Folgen (zu Verjahren an armen Menschen in Krankenhäusern und Polikliniken) führt, sind wir bereit, einem jeden, der sich schriftlich meldet, unentgeltlich und franco eine Reihe von Flugblättern über die Bivisektion zuzusenden; allen Arbeiter-Vereinen, Zahlreichen von Gewerkschaften, Krankenkassen etc., welche die von uns herausgegebenen und massenhaft verlaufte, 16 Seiten starke Flugblätter: „Die Bivisektion und die Arbeiter“ bisher noch gar nicht oder in ungenügender Menge erhalten haben, die zur Verteilung an sämtliche Mitglieder fehlende Stückzahl unentgeltlich und franco zu liefern. Es bedarf nur der Bestellung auf Postkarte mit dem Vereinsstempel.

Weltbund zur Bekämpfung der Bivisektion. Berlin S.W., Königgräberstr. 108.

Cirkus Renz-Konzert-Tunnel

Karlstrasse. **Karlsruhe.** Nur erstklassige Spezialitäten. **J. M. Hütt.** Jeden Sonnabend nach der Vorstellung: **Tanz ohne Nachzahlung.**

Wochentags 7 Uhr. Sonntag 5 Uhr. Direktion: Spezialitäten. **J. M. Hütt.**

Sanssouci

Kottbuserstr. 4a. Wiederankommen von **Adolf Hoffmann**. Jeden Sonntag, Montag und Donnerstag **Hoffmanns Norddeutsche Sängere**. Nach jeder Soiree: **Tanz**. Anfang Sonntag 7 Uhr, von 5-7 Uhr Konzert. Entree 50 und 75 Pf. Wochentags Anfang 8 Uhr, Entree 30 u. 50 Pf. Wochentags Vereinsbillets gültig und Tanz frei. Alle andern Tage bleiben die Säle zu Festlichkeiten und Versammlungen frei.

Casino-Theater

Lothringerstrasse 37. **! Glänzender Erfolg !** Abends 8, Sonntag 7 1/2 Uhr. **Erstklassige Spezialitäten, Fritz Steidl usw.** Berlin N. - Berlin W. Entree 50 Pf. bis 3 Mk.

Möbelstoffe!

alle Qualit. selten billig! Gelegenheitskauf: **Mocquett-Plüsch 5, 35 M.** per Meter (120 Centimeter breit). Muster bei näher. Angabe franco. **Berlin S., Oranienstr. 158.**

Dr. med. Schaper **Hombp. Arzt u. Spez.-Arzt f. Haut- u. Harnleiden, Frauenkrankheiten.** Königgrätzerstr. 27. Spr. 9-1. 4-7.

Freie Volksbühne.

Sonntag, den 22. September, nachm. 2 1/2 Uhr, im Berliner Theater: **Othello.** 7. und 8. Abteilung (braune und gelbbraune Karten). Gleichzeit im **Lessing-Theater:** II. Serie. **I. Abteilung (rote Karten): Gespenster.** Um pünktliches Erscheinen ersucht dringend **Der Vorstand. I. A.: G. Winkler.**

Arbeiter-Bildungsschule.

Sonntag, den 22. September 1901, im grossen Saale des Gewerkschaftshauses, Engelauer 15: **Vortrag des Schriftstellers Dr. Rudolf Steiner** **Wie ist wissenschaftlicher Socialismus möglich?** Nach dem Vortrage: **Gemütliches Beisammensein und Tanz.** 4/10 Eintritt 20 Pf. Garderobe frei. Eröffnung 7 Uhr.

Eugen Joachims Möbelfabrik

Neue Königstrasse 59, nahe Alexanderplatz. Großer Möbelspeicher. Spezialgeschäft für kleine und mittlere Wohnungseinrichtungen. Teilzahlung unter den coulantesten Bedingungen gestattet, Beamten mit ganz geringer Anzahlung. Ganz besonders zu empfehlen ist der große Vorrat verlegener gewesener und gebrauchter Möbel, die wie neu sind und billig abgegeben werden. Brautleute, welche eine dauerhafte und billige Einrichtung kaufen wollen, bitte ich, ohne jeden Kaufzwang mein solides Lager vor Kaufauf zu besichtigen. Bestellen Sie mein Musterbuch gratis und franco. Durch höhere Rohmaterialien und Erparung der teuren Rohmaterialien bin ich im Stande, hübsche und geschmackvolle Wohnungseinrichtungen für 150, 200, 300 bis 10000 Mk. zu liefern. Kommode 17, Baldschlothe, Divan mit Sitzauszug 35, Spiegel 6, Ruchschleiderstühle 35, Bettstelle mit Matratze 21, Stühle 3, alle Arten Rückenmöbel, Nachbänne und Mahagoni furnierte Kleiderstühle, Vertikal 36 Mk., Ruchschleiderstühle mit Sprungfedermatratze 38, elegante Säulenträume 45, Wäderschränke, Salongarnituren 105, Büffets aller Art, feine Garnituren, sehr wenig bekannt, spottbillig. Ganze Speisezimmer und Schlafzimmer. Geliefert Möbel können beliebige Zeit bei mir kostenlos lagern. [22012]

Berufs-Bekleidung und Wäsche-Fabrik

D. Wurzel & Co. Ecke 10002*) **jetzt: Köpnickestrasse 160, Manteuffelstrasse.**

Arbeits-Anzüge

für jeden Industriezweig, taugt man billig bei [23432] **Adolf Wecker** 3. Mühlendamm 3.

Künstliche Zähne

ohne Wurzel-Entfernung! **Garantiert schmerzlos!** Zahn-u. Wurzel-Operat., Plomben etc. Langjährige Garantie. Teilzahlung Woche 1 Mark. **Benno Steffens, Reanderstr. 21**

Alle Wanzen werden sofort nebst Brut durch meinen Wanzentod. N. 0.50 u. 1.20. **Schwaben, Ruffen, Fische** etc. werden durch mein Pulver vollständig vernichtet. Schl. 30 Pf., 60 Pf., 1 Mk. **1000 Mark Belohnung** gabte demjenigen, der mir einen Nachweis. Zahlreiche Anerkennungen. Nur allein echt bei **22192*** **Hugo Barth, Droguerie, Braunnstr. 18. Ecke Veteranenstr.**

Anker-Briketts

sind zu haben bei **Friedr. Daniel & Co.,** Berlin W. 8, Leipzigerstr. 29. *

Schönheit der Zähne

ist eine Zierde. **Max Guckel, Lausitzer 2, Zahn-Atelier.** Beirenrom. und wochbekannt. Künstl. Zähne, tabellöse Ausfüllung v. 3 Mk. an, Plomb. v. 2 Mk. an. Keine Extrabehandlung. Schmerz! Zahnsieben. Katalog gratis, Woche 1 Mk. **Zufriedenheit** **Schönheit der Zähne ist eine Zierde.** **Handtäusch, Schweiß** mit den Weinen, Mundblausen, Indrets etc. verbindet sich **Doblemis-Gessenz, Flasche 1.50 Mk.** per Nachnahme, ist sofort trocken u. geruchlos, garantiert unischädlich, licher wirkend, herbeiten **Georg, Pohl, Berlin, Braunnstr. 157. [15442***

